

DAS Behörden MAGAZIN

AUSGABE 1-2023

Fachzeitschrift für Polizeibeamte und den öffentlichen Dienst



Kriminelle Gruppierungen

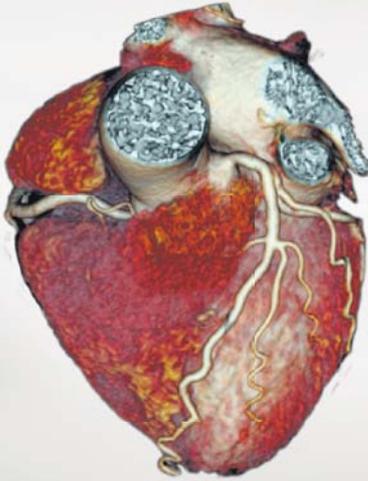
Ohnmächtiger Rechtsstaat?





CARDIODIAGNOSTIK-DARMSTADT

Schwerpunktzentrum für Kardiovaskuläre Bildgebung der deutschen Röntgengesellschaft
Eine Kooperation der Radiologie Darmstadt und des Kardiovaskulären Zentrums Darmstadt



UND WIE SIEHT IHR HERZ AUS? Herzdiagnostik ohne Herzkatheter

KONZEPT:

Die „Cardiodiagnostik-Darmstadt“ ist eine Kooperation von Radiologen und Kardiologen zur gemeinsamen Versorgung von Herzpatienten

- modernste Bildgebung zur Herzdiagnostik ohne Herzkatheter

Auf dem Campus stehen zur Verfügung:

- Chest-Pain-Unit
- Herzkatheterlabore
- stationäre und ambulante kardiologische Versorgung
- komplette radiologische Abteilung

AUSSTATTUNG:

256-Schichten-Flash-Computertomografie (Flash-Cardio-CT)

- geringe Strahlenbelastung
- hohe Genauigkeit in der Beurteilung der Herzkranzgefäße
- bestmögliche Alternative zur klassischen Herzkatheter-Untersuchung

Speziell kardiovaskulär ausgerüstete Magnetresonanztomografie (Cardio-MRT)

- komplett ohne Röntgenstrahlen
- zur Beurteilung der Herzfunktion und des Herzmuskels (z.B. Herzmuskelentzündung, Infarktgröße)

EXPERTISE:

Lehrpraxis der Universitätskliniken Heidelberg (Radiologie) und Gießen (Kardiologie).
Erstes von der Deutschen Röntgengesellschaft ausgezeichnetes Schwerpunktzentrum für Kardiovaskuläre Bildgebung in Hessen

- Kardiologische Leitung:
Prof. Dr. med. Martin C. Heidt und Dr. med. Matthias Zander
- Kardiologische Kooperation:
Dr. med. Holger Steiger
- Radiologische Leitung:
Prof. Dr. med. Oliver Mohrs ist QR-Ausbilder für Cardio-CT und MRT der Deutschen Röntgengesellschaft, promovierte und habilitierte zur kardiovaskulären CT und MRT

KONTAKT:

Beide Methoden werden ambulant ohne Krankenhausaufenthalt am Standort Alice-Hospital (Dieburger Str. 29-31, 64287 Darmstadt) durchgeführt

Informieren Sie sich gerne auf unserer Homepage www.cardiodiagnostik-darmstadt.de

Falls noch nicht erfolgt, empfehlen wir eine kardiologische Voruntersuchung (z.B. Kardiovaskuläres Zentrum Darmstadt: 06151-2976-0).

Termine zur Cardio-MRT oder zur Flash-Cardio-CT können Sie vereinbaren unter der Rufnummer:

06151-402-4709.

Liebe Leserinnen und Leser,

bei der Bekämpfung der Clankriminalität hat die Politik lange geschlafen, meinen die Polizeigewerkschaften. Deshalb dürfe man keine Wunder erwarten, auch wenn das Bundeskriminalamt den Ländern bei dem Thema jetzt unter die Arme greift.

Die Familiennamen unterscheiden sich, doch die Methoden sind ähnlich: Kriminelle Clans terrorisieren Hausbesitzer, verdienen im Drogengeschäft, begehen spektakuläre Einbrüche und rauben Geschäfte aus. Ihr illegal erworbenes Geld waschen sie dann in kleinen Gewerbebetrieben, investieren im Ausland oder bei in den Kauf von Immobilien in Deutschland. Als Käufer tritt dann oft ein mittelloses Familienmitglied in Erscheinung. „Clans“ definiert der Präsident des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, „als ethnisch abgeschottete Subkulturen, die in der Regel patriarchalisch-hierarchisch organisiert sind und in einer eigenen Werteordnung folgen. Bei der Bekämpfung dieses Phänomens sei es hilfreich, dass seit 2017 auch Vermögen unklarer Herkunft leichter eingezogen werden könne.“

Dutzende kriminelle Familienclans existieren in Deutschland und sind teilweise für spektakuläre Straftaten verantwortlich.

Immer wieder stehen Familienclans wie Remmo, Miri oder Abou-Chaker in Verdacht, Straftaten zu verüben: Raub, Geldwäsche, Drogen- und Waffenhandel oder illegales Glücksspiel.

Bei den kriminellen Großfamilien in Deutschland handelt es sich vor allem um türkisch-arabische Großclans. Ihre Mitglieder zählen zur Minderheit der sog. Mhallamiye-Kurden und kamen in den achtziger und neunziger Jahren als Flüchtlinge nach Deutschland. In Deutschland gehören nach Schätzungen des Bundeskriminalamtes (BKA) rund 200.0000 Menschen zu solchen Großfamilien, wovon aber nur ein Teil kriminell wird. Die meisten Angehörigen der kriminellen Familienclans gelten offiziell als arbeitslos und beziehen Sozialleistungen. Die meisten stammen ursprünglich aus dem Libanon, aus Syrien, dem Irak und der Türkei. Vor allem im Ruhrgebiet wird häufig von Libanesen-Clans gesprochen. Gemeint sind dann kriminelle Mitglieder von Familien, die ursprünglich aus der Türkei, aus dem Libanon und aus Syrien stammen, sie gehören zu den sogenannten Mhallami, einer arabischstämmigen Volksgruppe.

Nach Angaben des Landeskriminalamtes (LKA) Nordrhein-Westfalen existieren allein dort über 50 kriminelle Familienclans. In Berlin, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen stellen die Polizei- und Ordnungsbehörden seit Jahren fest, dass Mitglieder krimineller Familienclans – teilweise in größeren Gruppenverbänden – durch aggressives Auftreten, Ordnungsstörungen und Straftaten die Bevölkerung einschüchtern und versuchen, bestimmte regionale Räume augenscheinlich für sich zu reklamieren. So berichten polizeiliche Einsatzkräfte von einer offenen Feindseligkeit, einer hohen und unmittelbar geäußerten Aggressivität, Respektlosigkeit und Gewalteskalation, die das Ziel verfolgen, behördliche Maßnahmen zu beeinflussen oder zu unterbinden.

Die einzelnen Familien agieren laut Lagebericht des BKA nicht in ganz Deutschland, sondern konzentrieren sich auf regionale Schwerpunkte. Mehr als zwei Drittel aller Ermittlungen erfolgen in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Berlin.

Immer wieder sorgen spektakuläre Straftaten, hinter denen Clans stecken, für Schlagzeilen. Im März 2017 wurde die „Big Maple Leaf“, eine 100 Kilogramm schwere Goldmünze, aus dem Berliner Bode-Museum entwendet. Ihr Wert: gut vier Millionen Euro.

Im November 2019 drangen sechs Maskierte in das Grüne Gewölbe in Dresden ein, stahlen einzigartige Kunstwerke von unschätzbarem Wert. Zwei der sechs Angeklagten, die allesamt aus der Remmo-Familie stammen, wurden bereits für den Raub im Bode-Museum verurteilt, hatten aber ihre Strafe nicht angetreten.

Mord, Drogen, Raubüberfälle, Schutzgelderpressungen: Kriminelle Familien-

clans haben in Deutschland in den letzten Jahren Rockerbanden und die Mafia aus den Schlagzeilen verdrängt. Immer häufiger geraten Akteure der Clankriminalität in die Berichterstattung. Bei fast allen Razzien im Bereich krimineller Familienclans in den vergangenen Monaten in Deutschland stieß die Polizei auf Illegales. Bei diesen Razzien ging es unter anderem um illegalen Waffenbesitz, Drogenhandel, Schwarzarbeit, Steuerbetrug, Diebstahl, Körperverletzung und Erpressung. Prof. Dr. Goertz stellt in seinem Beitrag auf Seite 6 die staatlichen Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung der Clan-Kriminalität vor.

Etwa 3.000 Polizeibeamte, darunter die polizeilichen Spezialkräfte GSG 9 und SEK mehrerer Landeskriminalämter, führten in den frühen Morgenstunden des 7.12.2022 150 Razzien in elf Bundesländern bei 54 mutmaßlichen Mitgliedern einer gewaltbereiten „Reichsbürger“-Gruppe durch, 25 Personen wurden festgenommen. Welche Ziele diese terroristische Vereinigung sich gesetzt hatte, erläutert Prof. Dr. Goertz auf Seite 8.

Die Polizei Stuttgart geht in Sachen Sicherheit neue Wege und betätigt sich aktiv in der Sicherheitsforschung. Im Projekt ESCAPE entwickelt die Polizei in Zusammenarbeit mit Forschungsinstitutionen eine Software, um die Räumung großflächiger Areale realitätsnah simulieren zu können. Vor allem dann, wenn mehrere Großveranstaltungen gleichzeitig geräumt werden müssen, wird die Lage schnell komplex. Nico Pointner berichtet auf Seite 16 über das Forschungsprojekt und die Ziele, die mit der Entwicklung der Software verfolgt werden.

Schleichend hat sich die Zahl der Drogentoten in Nordrhein-Westfalen innerhalb weniger Jahre mehr als verdreifacht - auf zuletzt fast 700 im Jahr 2021. Zum Vergleich: Im Straßenverkehr starben in NRW im gleichen Jahr bei Unfällen 425 Menschen. Bundesweit wäre die Zahl der Drogentoten 2021 sogar rückläufig gewesen, wenn man Nordrhein-Westfalen herausrechnet. Die möglichen Ursachen und Gründe für den Anstieg stellt Frank Christiansen in seinem Artikel auf Seite 22 vor.

Wer Drogen in ein Land bringen will, nutzt dafür nicht unbedingt verschlungene Trampelpfade oder geheime Meeresrouten. Vieles kommt einfach auf dem Postweg. Der Zoll steht vor einer Flut aus Paketen - und muss die richtigen aus dem Verkehr ziehen. Jonas-Erik Schmidt gibt einen Einblick in die Arbeit des Zolls auf Seite 24.

Deutschland ist ein sicheres Land - aber das empfindet längst nicht jeder überall so. Insbesondere im öffentlichen Nahverkehr fühlen sich viele nachts unwohl, Frauen ganz besonders. Das geht aus dem Bericht «Sicherheit und Kriminalität in Deutschland» des Bundeskriminalamtes hervor. Martina Herzog befasst sich mit den Ergebnissen in ihrem Beitrag auf Seite 28.

Eine geplante Polizeiwache am Kottbusser Tor - im Zentrum von Berlins Alternativ-Bezirk Kreuzberg - soll für mehr Sicherheit sorgen. Doch es regt sich auch Widerstand. Was sagen die Leute aus dem Kiez? Andreas Rabenstein und Jakob Milzner dokumentieren die Befragung der Passanten auf Seite 34.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß, informative Unterhaltung und Vergnügen beim Lesen, bei Bedarf können wir Ihnen weitere Exemplare dieser Ausgabe zur Verfügung stellen. Teilen Sie bitte dem Verlag die Anzahl der noch benötigten Hefte mit.

Ihr Redaktionsteam

Clankriminalität in Deutschland und staatliche Gegenmaßnahmen	6
Prof. Dr. Stefan Goertz, Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei	
Razzia in Reichsbürger-Szene: Suche nach Waffen und weiteren Spuren	8
Carsten Hoffmann, Stefan Heinemeyer, Anne-Beatrice Clasmann, Lena Klimpel, Marion van der Kraats, Gerd Roth, Michael Fischer, Martin Oversohl und Marco Krefting, dpa	
Gefahrenpotenzial der Akteurskonstellation militante „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, Rechtsextremisten, Delegitimierer, aktive und ehemalige Soldaten sowie Polizeibeamte	10
Prof. Dr. Stefan Goertz, Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei	
Reichsbürger-Ideologie und Verschwörungsmysmen	12
Sebastian Fischer, dpa	
Der Zoff um fünf Ziffern	14
Nico Pointner, dpa	
Polizei will mit neuer Software Massenpanik vermeiden	16
Nico Pointner, dpa	
Mängel an Schutzwesten – Polizeigewerkschaft fordert schnelle Lösung	18
Susanne Kupke und Marco Krefting, dpa	
Kein Schocker auf Streife – Taser weiter nur für Spezialeinheiten	19
Martin Oversohl und Nico Pointner, dpa	
Volksfeste locken Geldfälscher: Wieder mehr Euro-Blüten im Umlauf	20
Jörn Bender und Friederike Marx, dpa	
Jubiläumsübung: Hamburger Spezialeinheiten nehmen Geiselnnehmer fest	21
Bernhard Sprengel, dpa	
Drogen-Krise in NRW: „Nicht mehr der 19-jährige auf dem Bahnhofsklo“	22
Frank Christiansen, dpa	
Wenn der Toaster süßlich dünstet: Wie der Zoll Drogenpakete findet	24
Jonas-Erik Schmidt, dpa	
Geständnis beim Grillfest? - Später Mordprozess um Brand in Asylheim	27
Jens Albes, dpa	
Das mulmige Gefühl: Frauen fühlen sich an vielen Orten unsicher	28
Martina Herzog, dpa	
Experten fordern Anpassung der Promillegrenze für E-Scooter-Fahrer	30
Maurice Arndt, dpa	
Gemeinsam in Świecko: Ermittlungserfolge im Grenzraum zu Polen	32
Silke Nauschütz, dpa	
Polzeiwache am Kottbusser Tor - Rettung oder Bedrohung?	34
Andreas Rabenstein und Jakob Milzner, dpa	

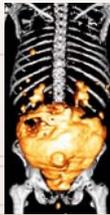




KLINISCHE FRAGESTELLUNG

**BILDGEBENDE DIAGNOSTIK
IN DER PRAXIS IM KÖLN TRIANGLE**

THERAPIE*

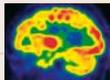


Onkologie

- Lungenkrebs - Brustkrebs - Darmkrebs - Eierstockkrebs - Lymphom
- Prostatakrebs
- Knochenmetastasen
- Neuroendokrine Tumoren
- Hirntumoren
- Tumorvorsorge und Früherkennung

- FDG-PET/CT
- Multiparametrische 3T-MRT Prostata
18F-PSMA-PET/CT
68Ga-PSMA-PET/CT
- Fluorid-PET/CT
- 68Ga-DOTATOC-PET/CT
18F-DOPA-PET/CT
- Tyrosin-PET/CT
- FDG-PET/CT
Ganzkörper-3T-MRT mit
Diffusionswichtung
Virtuelle Coloskopie

- Spezialklinik für Lungenheilkunde
- Gynäkologische Onkologie
- Brustzentrum - Darmzentrum
- Hämatologie / Onkologie
- Urologie / Strahlentherapie
- Seed-Implantation
- Nuklearmedizin / Strahlentherapie
- Rezeptorvermittelte Radiotherapie
- Neurochirurgie / Stereotaxie
- Präventivmedizin

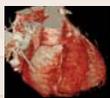


Neurologie

- Gefäßmissbildung / Durchblutungsstörung
- M. Alzheimer / Gedächtnisstörung
- M. Parkinson / Bewegungsstörung
- Epilepsie
- Rückenschmerz

- 3T-MRT Kopf mit
Perfusionsmessung und
Gefäßdarstellung
- 3T-MRT Kopf
FDG-PET/CT Kopf
Amyloid-PET/CT Kopf
mit statistisch parametrischer Auswertung
- 3T-MRT Kopf
18F-DOPA-PET/CT Kopf
mit statistisch parametrischer Auswertung
- 3T-MRT Kopf
CT Kopf
FDG-PET/CT Kopf
- MRT Wirbelsäule
CT Wirbelsäule

- Neurologie
- Gefäßchirurgie
- Interventionelle Radiologie
- Stroke Unit
- Gedächtnissprechstunde
- Spezialsprechstunde für Bewegungsstörungen
- Stereotaxie
- Stammzelltherapie
- Neurologie
- Epilepsieklinik
- Mikroinvasive Neurochirurgie
- Endoskopische Operation
- Interventionelle Therapie
- Orthopädie
- Physiotherapie



Cardiologie

- Koronare Herzerkrankung

- MRT Herz
CT-Coronarkalkbestimmung
CT-Coronarangiographie
FDG-PET/CT Herz

- Kardiologie
- Präventivmedizin



Traumatologie / Orthopädie

- Knorpelschaden
- Schulterimpingement
- Kreuzbandriss - Meniskusris
- Osteochondrosis dissecans

- MRT Gelenk
Direkte oder indirekte Arthrographie
Knorpelsequenzen

- Offene Operation
- Arthroskopische Operation
- Bandersatz
- Meniskusersatz oder -naht
- Knorpelersatz-Operation

* Für jede der genannten Disziplinen oder Verfahren haben wir einen oder mehrere Kooperationspartner, zu denen wir auf Wunsch gerne den Kontakt herstellen.

www.praxis-im-koelntriangle.de

Praxis im KölnTriangle · Ottoplatz 1 · D-50679 Köln · am Bhf. Köln /Deutz

info@praxis-im-koelntriangle.de

Sprechzeiten

Mo - Fr 8.00 - 18.00 Uhr u.n.V.
Tel +49 (0) 221 888 480 - 0
Fax +49 (0) 221 888 480 - 20

Privat

nach Vereinbarung
Tel +49 (0) 221 888 480 - 66
Fax +49 (0) 221 888 480 - 20



Clankriminalität in Deutschland und staatliche Gegenmaßnahmen

Prof. Dr. Stefan Goertz, Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei

Dieser Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Mord, Drogen, Raubüberfälle, Schutzgelderpressungen: Kriminelle Familienclans haben in Deutschland in den letzten Jahren Rockerbanden und die Mafia aus den Schlagzeilen verdrängt. Vom Raub einer 100 Kilo schweren Goldmünze in Berlin bis zu Schießereien auf offener Straße und Gewalt gegen Polizisten und Verwaltungsbeamte: Immer häufiger geraten Akteure der Clankriminalität in die Berichterstattung. Bei fast allen Razzien im Bereich krimineller Familienclans in den vergangenen Monaten in Deutschland stieß die Polizei auf Illegales. Bei diesen Razzien ging es unter anderem um illegalen Waffenbesitz, Drogenhandel, Schwarzarbeit, Steuerbetrug, Diebstahl, Körperverletzung und Erpressung. Dutzende kriminelle Familienclans existieren in Deutschland, teilweise sind sie für spektakuläre Straftaten verantwortlich, seit 2018 gehen die Behörden verschiedener Bundesländer, vor allem in Nordrhein-Westfalen (NRW), härter gegen kriminelle Familienclans vor. Im Kontext einer bundesweit und international konzentrierten Aktion wurden allein in Deutschland Anfang Juni 2021 im Zusammenhang mit Clankriminalität mehr als 150 Objekte in Deutschland durchsucht. In Berlin, NRW, Bremen und Niedersachsen stellen die Polizei- und Ordnungsbehörden seit Jahren fest, dass Mitglieder krimineller Familienclans – teilweise in größeren Gruppenverbänden – durch aggressives Auftreten, Ordnungsstörungen und Straftaten die Bevölkerung einschüchtern und versuchen, bestimmte regionale Räume augenscheinlich für sich zu reklamieren. So berichten polizeiliche Einsatzkräfte seit einigen Jahren von einer offenen Feindseligkeit, einer hohen und unmittelbar geäußerten Aggressivität, Respektlosigkeit und Gewalteskalation, die das Ziel verfolgen, behördliche Maßnahmen zu beeinflussen oder zu unterbinden¹.

Begrifflichkeit

Das Bundeskriminalamt (BKA) definiert Clankriminalität wie folgt: „Ein Clan ist eine informelle soziale Organisation, die durch ein gemeinsames Abstammungsverständnis ihrer Angehörigen bestimmt ist. Sie zeichnet sich insbesondere durch eine hierarchische Struktur, ein ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl und ein gemeinsames Normen- und Werteverständnis aus. Clankriminalität umfasst das delinquente Verhalten von Clanangehörigen. Die Clanzugehörigkeit stellt dabei eine verbindende, die Tatbegehung fördernde oder die Aufklärung der Tat hindernde Komponente dar, wobei die eigenen Normen und Werte über die in Deutschland geltende Rechtsordnung gestellt werden können. Die Taten müssen im Einzelnen oder in ihrer Gesamtheit für das Phänomen von Bedeutung sein“².

Nach Angaben des BKA umfassen die Ausprägungen der Clankriminalität neben dem Bereich der OK auch ein Vielfaches an Straftaten aus dem Bereich der Allgmeinkriminalität sowie Verstöße gegen das Ordnungswidrigkeitengesetz. Im Bundeslagebild OK wird die Organisierte Clankriminalität betrachtet, die nur eine Teilmenge der strafbaren Handlungen krimineller



Bild oben: BKA Präsident Holger Münch und Bundesinnenministerin Nancy Faeser

Mitglieder aus Clanstrukturen darstellt. D. h. die hier betrachteten OK-Gruppierungen erfüllen neben der Definition Clankriminalität auch die OK-Definition.

Bei der Betrachtung des Phänomens Clankriminalität im Bundeslagebild OK hebt das BKA hervor, dass ausschließlich kriminelle Mitglieder aus Clanstrukturen im polizeilichen Fokus stehen und nicht der gesamte Clan per se. Die BKA-Definition von Clankriminalität fokussiert sich auf das delinquente Verhalten einzelner Personen und lässt Raum zur Erkennung verschiedener Ausprägungen von Clankriminalität. Im polizeilichen Fokus stehen aktuell vor allem kriminelle Mitglieder aus Clanstrukturen der Mhallamiye oder solchen mit arabisch-/türkeistämmiger Herkunft.

Die Kriminalitätsbereiche der Clankriminalität in Deutschland sind:

- Rauschgifthandel/-schmuggel
- Eigentumskriminalität
- Kriminalität im Zusammenhang mit dem Nachleben
- Geldwäsche
- Gewaltkriminalität
- Kriminelle Vereinigungen
- Schleusungskriminalität
- Steuer- und Zolldelikte
- Sozialleistungsbetrug
- Illegaler Geldtransfer durch Hawala-Banking

Clankriminalität in Deutschland 2021

Im Jahr 2021 gab es 47 OK-Verfahren im Zusammenhang mit Clankriminalität, davon 27 bei Mhallamiye-Clan, sieben bei türkeistämmigen Clan, fünf bei arabischstämmigen Clans, zwei bei Clans mit Bezug zum Westbalkan und sechs weitere.

Im Jahr 2021 erfassten die deutschen Polizeibehörden im Durchschnitt 20 Tatverdächtige pro OK-Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Clankriminalität, während es im Jahr 2020 im Durchschnitt 22 Tatverdächtige waren. Die Hauptdeliktsbereiche der OK-Gruppierungen im Zusammenhang mit Clankriminalität waren Rauschgifthandel und Rauschgiftschmuggel, Eigentums kriminalität, Kriminalität im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleben, Gewaltkriminalität, Geldwäsche, Fälschungskriminalität sowie Menschenhandel.



Staatliche Gegenmaßnahmen

Nachdem die Gefahr der Organisierten Kriminalität durch Clankriminalität über viele Jahre politisch und medial kaum thematisiert wurde, hat das Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) das Thema Clankriminalität zu einer Priorität der Innenpolitik, der Inneren Sicherheit erklärt. Permanente Razzien, Hausdurchsuchungen und Kontrollen (als „Null-Toleranz-Strategie“ bezeichnet, bzw. auch als „Strategie der 1000 Nadelstiche“) sollen in Nordrhein-Westfalen die Clanstrukturen schwächen. Eine weitere Gegenmaßnahme der letzten Monate besteht darin, kriminell erlangtes Vermögen abzuschöpfen. Sachwerte, wie beispielsweise Immobilien, bei denen der Verdacht besteht, dass sie mit Geld aus illegalen Geschäften bezahlt wurden, dürfen von den Behörden beschlagnahmt werden. Gleiches gilt, wenn der Verdacht der Geldwäsche besteht.

Von Juli 2018 bis August 2021 hat die Polizei des Landes NRW in mehr als 1.800 Razzien über 4.500 Objekte kontrolliert, darunter Shisha-Bars und Wettbüros. Sie hat mehr als 2.400 Strafanzeigen gefertigt und mehr als 12.000 Verwarngelder verhängt. Gab es im Jahr 2017 noch nur neun Verfahren mit Vermögensabschöpfung, waren es im Jahr 2020 dagegen schon 48. Die Sicherungssumme, unter anderem beschlagnahmtes Bargeld, Immobilien oder Fahrzeuge, hat sich im Vergleich zu 2017 fast vervierfacht und lag 2020 bei vier Millionen Euro. Der Innenminister von NRW, Herbert Reul, sagte dazu: „Wir gehen den kriminellen Clans an ihre Existenz.“ Bei den Haftbefehlen stieg die Zahl um 50 Prozent: 2017 wurden 24 Haftbefehle erlassen, 2019 waren es 32, im Jahr 2020 dann 36³.

Mehr als 300 Polizisten durchsuchten Mitte Dezember 2022 in fünf Bundesländern Häuser im Kontext von Razzien gegen Clankriminalität, es ging dabei um Autohehlerei und Coronahilfe-Betrug (Geldwäsche, Scheinfirmen seien gegründet worden, um mit ihnen staatliche Corona-Hilfen zu erhalten). Zwei Hauptbeschuldigte gehören dem Al-Zein-Clan an. Der Schwerpunkt der Razzien war NRW mit 20 Städten, in denen durchsucht wurde. „Große Fische sind uns ins Netz gegangen“, sagte der Innenminister von NRW⁴.

Die Polizei in NRW geht seit Beginn der ersten Amtszeit des Innenministers Reul gezielt, mit einer klar erkennbaren Strategie, gegen Clankriminalität vor. Der Hauptaktionsraum von Clankriminellen in NRW ist nach Angaben des LKA NRW das Ruhrgebiet. Die meisten Straftaten wurden laut „Lagebild Clankriminalität“ 2021 in Essen verzeichnet, gefolgt von Recklinghausen, Gelsenkirchen, Duisburg und Bochum. Seit Beginn der Offensive gegen kriminelle Clans im Juli 2018 seien bei mehr als 2000 Razzien über 5000 Objekte kontrolliert und 3200 Strafanzeigen aufgenommen worden, hieß es bei der Vorstellung des Lagebilds im April 2022. 2021 war die statistisch erfasste Clankriminalität in NRW dem Lagebild zufolge leicht rückläufig. Die Zahl der erfassten Straftaten durch kriminelle Clanangehörige sank um 5,8 Prozent auf 5460. Gleichzeitig sei das Volumen beschlagnahmten Vermögens von knapp vier auf über zehn Millionen Euro mehr als verdoppelt

worden. Jedes fünfte Ermittlungsverfahren im Bereich der organisierten Kriminalität habe 2021 Clan-Bezüge gehabt⁵.

Zur Bekämpfung der Clankriminalität existieren in den betroffenen Bundesländern verschiedene Handlungskonzepte, die jeweils unterschiedliche phänomenologische als auch regionale Situationen berücksichtigen.

Um eine nachhaltige Bekämpfung von Clankriminalität zu gewährleisten, zählt die Durchführung von Finanzeermittlungen zum Standardrepertoire. Die Analyse der Finanzströme trägt zum Erkennen der Strukturen, zur Aufdeckung der Tatbeiträge und zur Identifizierung der im Verborgenen agierenden Profiteure bei. Eine Erfolgreiche Vermögensabschöpfung soll den kriminellen Netzwerken die Möglichkeit zur Geldwäsche, zur Realisierung von Gewinnen und zur Reinvestition in neue Aktivitäten entziehen. Nach Angaben des LKA NRW ist eine „effektive Bekämpfung der Clankriminalität nur durch die Vernetzung und Kooperation mit den zuständigen Sicherheits-, Ordnungs-, Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden möglich“. Als Beispiel für sich entwickelnde institutionalisierte Zusammenarbeitsformen im Kampf gegen die Clankriminalität ist die vom Innenministerium NRW eingerichtete „Sicherheitskooperation Ruhr zur Bekämpfung der Clankriminalität“ („Siko Ruhr“). Ein weiterer Sektor ist die Prävention und hierbei die Entwicklung von Aussteigerprogrammen und präventiven Modelle, die vor allem Kindern und Jugendlichen Wege aus dem Clanmilieu aufzeigen soll⁶.

Fazit

Die vorrangig von Clankriminalität betroffenen Bundesländer – Berlin, NRW, Niedersachsen sowie Bremen – haben in den letzten Monaten und Jahren unterschiedliche Konzepte und Maßnahmen entwickelt, um Clankriminalität, ihren Strukturen und Akteuren zu begegnen. Das Land NRW, sein Innenminister, seine Polizeibehörden gelten dabei in Deutschland als Vorreiter von effektiven Maßnahmen gegen die Clankriminalität. Die an den staatlichen Gegenmaßnahmen gegen Clankriminalität beteiligten Behörden müssen ihre Strategien, Taktiken und Mittel regelmäßig und frühzeitig auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Noch mehr Fahndungsdruck und eine noch intensivere Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Politik sind nötig, um die Clankriminalität zurückzudrängen. Ein Schlüssel dazu ist die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen und ein intensiverer regelmäßiger Informationsaustausch aller beteiligten staatlichen Akteure sowie die Stärkung der wissenschaftlichen Analysekompetenz in diesem Kriminalitätsbereich. Erste Erfolge im Kampf gegen die Clankriminalität sind im Bundesland NRW zu verzeichnen, aber Prozess steht immer noch relativ stark am Anfang.

¹ Vgl. Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (2018): Clankriminalität – Lagebild NRW 2018, S. 6.

² Vgl. Bundeskriminalamt (2022): Organisierte Kriminalität. Bundeslagebild 2021. Wiesbaden, September 2022, S. 23.

³ <https://www.land.nrw/pressemitteilung/kampf-gegen-clankriminalitaet-erfolgsbilanz-und-3-lagebild-vorgestellt> (8.1.2023).

⁴ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article242667937/Clan-Kriminalitaet-Grossrazzia-Grosse-Fische-sind-uns-ins-Netz-gegangen.html> (9.1.2023).

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (2020): Clankriminalität NRW 2019, S. 24-26.

Großrazzia gegen Reichsbürgerszene - Verdächtige pflanzen wohl Umsturz

Marco Krefting, Sophia Weimer, Anne-Béatrice Clasmann, Corinna Schwanhold, Carsten Hoffmann, Axel Hofmann, Basil Wegener, Marion van der Kraats, Jörg Schurig, Susanne Kupke, Ulf Mauder, Christian Böhmer und Martin Oversohl, dpa

Die Szene der sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter wächst - meist im Verborgenen. Nun hat die Bundesanwaltschaft bei einer bundesweiten Razzia einen Schlag gegen mehr als zwei Dutzend Menschen geführt. Ein Schwerpunkt der Aktion war Baden-Württemberg.

Bei einem der größten Polizeieinsätze gegen Extremisten in Deutschland sind 25 Menschen aus der Reichsbürgerszene festgenommen worden, die wohl das politische System stürzen wollten. Sie stehen nach Angaben der Bundesanwaltschaft im Verdacht, eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben, die mit Waffengewalt eine neue Regierung installieren wollte und auch Tote in Kauf genommen hätte. Die Nachricht löste am Mittwoch Entsetzen aus.

Unter den Festgenommenen sind die Richterin und frühere AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann sowie ein Soldat des Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr. Als einer der Rädelführer gilt der Unternehmer Heinrich XIII. Prinz Reuß aus Hessen. Er und erste weitere Verdächtige wurden inzwischen in Untersuchungshaft genommen, wie Generalbundesanwalt Peter Frank in Karlsruhe am 07.12.2022 sagte. Bis zum Abend kamen insgesamt 13 Verdächtige in Untersuchungshaft, wie eine Behördensprecherin später ergänzte.

Alein in Baden-Württemberg waren nach den Worten von Innenminister Thomas Strobl (CDU) Hunderte Polizisten im Einsatz. Die Aktion sei «ein großangelegter, präziser und erfolgreicher Schlag gewesen gegen den Rechtsextremismus und den Rechtsterrorismus». Strobl fügte hinzu: «Die Reichsbürgerszene ist eine ernsthafte Bedrohung.» Der Südwesten war ein Schwerpunkt der Aktion, dort wurden acht Verdächtige festgenommen.

Die Bundesanwaltschaft wirft den Beschuldigten Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung oder deren Unterstützung vor. Sie hingen Verschwörungsmäythen an, erklärte Frank. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte, die Ermittlungen ließen «in den Abgrund einer terroristischen Bedrohung» blicken. Bei der Razzia im Morgengrauen sei es um «staatsfeindliches Handeln von rechts» gegangen.

Bundesjustizminister Marco Buschmann bezeichnete die Polizeiaktion in elf Bundesländern sowie in Italien und Österreich als «Anti-Terror-Einsatz». Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang wertete sie als wichtigen «Schlag gegen militante und weit vernetzte Teile der Reichsbürgerszene». Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte dem Radiosender MDR Aktuell, sollte sich bestätigen, dass terroristische Straftaten in Vorbereitung seien, müsse gehandelt werden. «Dann muss auch das Strafrecht Grenzen setzen.»

«Reichsbürger» sind Menschen, die die Bundesrepublik und ihre demokratischen Strukturen nicht anerkennen. Der Verfassungsschutz rechnet der Szene rund 21 000 Anhänger zu. In Baden-Württemberg sollen es etwa 3800 sein. «Die Szene ist nach wie vor sehr aktiv und dynamisch und hat im vergangenen Jahr erneut erheblichen Zulauf erhalten», erklärte Behördenchef Haldenwang.



Bild oben: Polizeibeamte führen Heinrich XIII Prinz Reuß nach seiner Verhaftung ab

Die Ermittlungen ergeben laut Bundesanwaltschaft bisher folgendes Bild: Spätestens Ende November 2021 sollen die Beschuldigten die Vereinigung gegründet haben. Strukturen für eine eigene Staatsordnung hätten sie in Grundzügen schon ausgearbeitet. Als Staatsoberhaupt hätte Heinrich XIII. Prinz Reuß fungieren sollen. Auch Ressorts seien schon verteilt gewesen: So hätte die ehemalige Bundestagsabgeordnete für Justiz zuständig sein sollen, sagte Frank.

Für den Umsturz seien gezielt Soldaten und Polizisten angesprochen worden, teilte die Bundesanwaltschaft mit. Ein weiterer Plan war den Ermitt-



*Generalbundesanwalt
Peter Frank*

lungen zufolge, mit einer kleinen bewaffneten Gruppe gewaltsam in den Bundestag einzudringen.

Rund 3000 Polizeibeamte waren in elf Bundesländern im Einsatz. 22 der Festgenommenen wirft die Bundesanwaltschaft vor, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein. Drei gelten als Unterstützer. Mit Ausnahme einer Russin haben alle die deutsche Staatsbürgerschaft.

Zudem gebe es 27 weitere Beschuldigte. Laut Frank stellten die Beamten bei rund 150 Durchsuchungen umfangreiches Material sicher. Nach dpa-Informationen wurden in mehreren Dutzend Objekten Waffen gefunden. Mehrere der Verdächtigen verfügen über eine waffenrechtliche Erlaubnis, was ein Grund ist für die hohe Zahl von Spezialkräften, die an der Razzia beteiligt waren.

Die Mitglieder der Vereinigung seien der festen Überzeugung, dass Deutschland derzeit von Angehörigen eines sogenannten «tiefen Staats» regiert werde, hieß es in der Mitteilung der Bundesanwaltschaft. Hinter den Verschwörungsmäthen verwendeten Begriffen «Deep State» oder «tiefer Staat» versteckt sich die Idee, im Hintergrund von politischen Entscheidungen zögen geheime Mächte die Fäden.

Die Gruppe erwartete, dass eine «Allianz» sie befreie. Das sei ein technisch überlegener Geheimbund von Regierungen, Militärs und Nachrichtendiensten verschiedener Staaten, einschließlich der Russischen Föderation sowie der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Vereinigung gehe fest davon aus, dass deren Angriff kurz bevorstehe.

Zentrales Gremium der Gruppe sei ein «Rat». Dieser verfüge ähnlich wie das Kabinett einer regulären Regierung über Ressorts wie Justiz, Außen und Gesundheit. «Die Mitglieder des „Rates“ haben sich seit November 2021 regelmäßig im Verborgenen getroffen, um die angestrebte Machtübernahme in Deutschland und den Aufbau eigener Staatsstrukturen zu planen», teilte die Bundesanwaltschaft mit.

Mit den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs hätte eine Übergangsregierung die neue staatliche Ordnung in Deutschland verhandeln sollen. «Zentraler Ansprechpartner für diese Verhandlungen ist aus Sicht der Vereinigung derzeit ausschließlich die Russische Föderation.» Kremlsprecher Dmitri Peskow bezeichnete die Razzia prompt als innerdeutsche Angelegenheit.

Ein «militärischer Arm» sollte den demokratischen Rechtsstaat auch auf Ebene der Gemeinden, Kreise und Kommunen «beseitigen», hieß es. Der Vereinigung sei bewusst, dass es dabei zu Toten kommen werde. Das nehme sie aber als notwendigen Zwischenschritt zum angestrebten Systemwechsel billigend in Kauf. «Dieser militärische Arm soll eine neue deutsche Armee aufbauen», sagte Generalbundesanwalt Frank. Heimatschutzkompanien sollten dafür gegründet werden.

«Einzelne Mitglieder dieses militärischen Armes waren nach unserer Erkenntnis in der Vergangenheit auch aktiv in der Bundeswehr tätig», sagte Frank. Unter den Verdächtigen sind laut Verteidigungsministerium drei Soldaten, darunter als aktiver Bundeswehrangehöriger ein Soldat des KSK sowie zwei nicht aktive.



Richterin Birgit Malsack-Winkemann

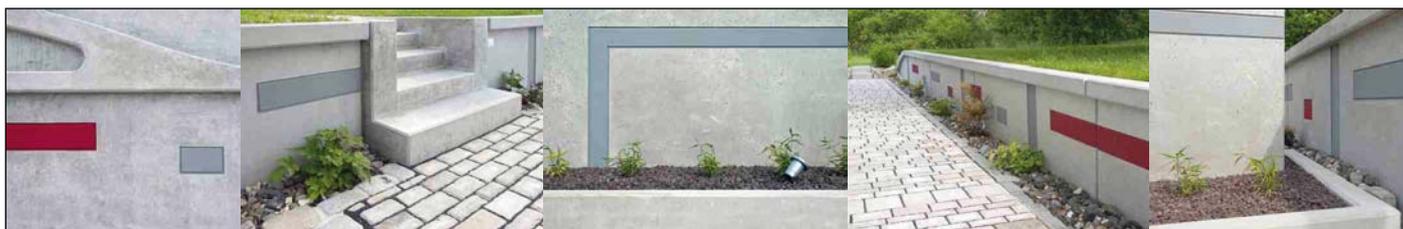
Vor allem wollte die Vereinigung den Angaben zufolge auch Angehörige der Bundeswehr und Polizei für den geplanten Staatsumsturz rekrutieren. Bei mindestens vier Treffen in Baden-Württemberg im Sommer hätten mutmaßliche Mitglieder für die terroristische Vereinigung und ihre Ziele geworben. Angehörige des «militärischen Arms» hätten Bundeswehrkasernen in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern ausgekundschaftet, «um sie auf ihre Tauglichkeit für die Unterbringung eigener Truppen nach dem Umsturz zu inspizieren».

Dass die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Malsack-Winkemann unter den Verdächtigen sei, beunruhige sehr, sagte SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich (SPD). Die Juristin saß von 2017 bis 2021 für die AfD im Parlament. Im März 2022 kehrte sie in den Richterdienst zurück und ist am Landgericht Berlin tätig. Justizsenatorin Lena Kreck (Linke) will die Beschuldigte vollständig aus dem Richterdienst «entfernen».

Noch am Mittwoch wurde der Geschäftsverteilungsplan so geändert, dass Malsack-Winkemann zunächst nicht mehr an aktuellen Entscheidungen des Landgerichts Berlin beteiligt ist. Die Juristin sei aus der Zivilkammer ausgeschieden, die für Bausachen zuständig sei, teilte eine Sprecherin des Gerichts auf Anfrage mit.

Festgenommen wurden Verdächtige den Angaben zufolge in Baden-Württemberg (8), Bayern (4), Hessen (3), Niedersachsen (3), Sachsen (2), Thüringen (2) und Berlin (1) sowie jeweils eine Person in Österreich und Italien. Durchsuchungen habe es darüber hinaus in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland gegeben.

Ausgangspunkt der Ermittlungen sollen Verbindungen von Mitgliedern der nun ausgehobenen Vereinigung zu Angehörigen der Gruppe «Vereinte Patrioten» sein, die im April festgenommen worden waren und wohl Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) entführen wollten.



Herstellung von Elementdecken / Elementwände / Betonfertigteile / Treppen

Karl Schmidt GmbH & Co. KG
Hauptstr. 39
91332 Heiligenstadt

Tel.: 09198 - 92 95 0
Fax.: 09198 - 15 83
info@schmidt-beton.de
www.schmidt-beton.de

SCHMIDT **BETON**
EIN PRODUKT IST NUR SO GUT WIE DER SERVICE

Gefahrenpotenzial der Akteurskonstellation

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, Rechtsextremisten, Delegitimierer, aktive und ehemalige Soldaten sowie Polizeibeamte

Prof. Dr. Stefan Goertz, Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei

Dieser Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Etwa 3.000 Polizeibeamte, darunter die polizeilichen Spezialkräfte GSG 9 und SEK mehrerer Landeskriminalämter, führten in den frühen Morgenstunden des 7.12.2022 150 Razzien in elf Bundesländern bei 54 mutmaßlichen Mitgliedern einer gewaltbereiten „Reichsbürger“-Gruppe durch, 25 Personen wurden festgenommen. Diese hatten nach Angaben des Generalbundesanwalts eine terroristische Vereinigung gebildet, um die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen und einen Staat nach Vorbild des Deutschen Reichs von 1871 zu errichten.

„Reich“ statt Bundesrepublik Deutschland – Ideologie und Planungen zum Umsturz

Nach Angaben des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Thomas Haldenwang, hatten die Verfassungsschutzbehörden diese „Reichsbürger“-Gruppierung und ihre Umsturzplanungen bereits seit dem Frühjahr 2022 auf dem Schirm. Deren Planungen seien im Laufe des Jahres immer konkreter sowie Waffen beschafft worden. Das BfV arbeitete eng mit dem Generalbundesanwalt und den Polizeibehörden zusammen und „die deutschen Sicherheitsbehörden insgesamt hatten die Lage jederzeit unter Kontrolle“, so Haldenwang am Tag der polizeilichen Zugriffe.¹

Die „Reichsbürger“-Gruppe steht nach Angaben der Bundesanwaltschaft im Verdacht, eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben, die mit Waffengewalt eine neue Regierung installieren wollte und auch Tote in Kauf genommen hätte. Sie soll geplant haben, den Bundestag zu stürmen, die Bundesregierung abzusetzen, durch Anschläge auf die Stromversorgung bürgerkriegsähnliche Zustände herbeizuführen, um dann die Macht zu übernehmen. Hierfür sollen bereits Mitglieder für Ministerposten ausgesucht worden sein.²

Die von den deutschen Polizei- und Verfassungsschutzbehörden als extremistisch eingestuften „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ lehnen die Bundesrepublik Deutschland, ihre Rechtsordnung und ihre Beamten ab und definieren sich als außerhalb der deutschen Rechtsordnung stehend und legitimieren auf diese Weise Verstöße und Straftaten. Das Auftreten von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ gegenüber Amtsträgern staatlicher Institutionen ist häufig durch eine starke verbale Aggression gekennzeichnet.

Gewalt- und Bedrohungspotenzial

Die Verfassungsschutzbehörden stufen die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ insgesamt als staatsfeindlich ein. Aktuell sind ihr



deutschlandweit etwa 23.000 Personen zuzurechnen, von diesen 23.000 Personen werden ca. 2.100 als gewaltorientiert bewertet.³ Darunter fallen gewalttätige Szeneangehörige sowie Personen, die beispielsweise durch Drohungen oder gewaltbefürwortende Äußerungen und entsprechende ideologische Bezüge auf. Die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ besteht zu etwa drei Vierteln aus Männern. Bundesweit gibt es rund 28 Gruppierungen, unter anderem den „Staatenbund Deutsches Reich“ mit „Gliedstaaten“, „Bismarcks Erben“ mit der Untergliederung „Vaterländischer Hilfsdienst“ (VHD) und die „Verfassunggebende Versammlung“. Nach Angaben des BfV muss bei „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ auch die Anwendung massiver körperlicher Gewalt gegen Vertreter des deutschen Staates einkalkuliert werden. Vor allem bei polizeilichen Maßnahmen gegen „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ bestehe zunehmend ein „hohes Eskalationspotenzial“. Das teilweise erhebliche Gewaltpotenzial der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“-Szene richtete sich in den letzten Jahren und Monaten vornehmlich gegen Gerichtsvollzieher und Polizeibeamte. Polizeieinsätze bezeichnet die Szene als „Überfälle“, gegen die „Notwehr“ geboten sei.

Seit Mitte 2020 beobachten die deutschen Sicherheitsbehörden, dass sich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ immer wieder nicht mehr damit begnügten, im Zusammenhang mit „Corona-Demonstrationen“ lediglich ihren Protest zu äußern, sondern auch körperliche Gewalt anzuwenden, beispielsweise gegen eingesetzte Polizeikräfte. So beteiligten sich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ am Demonstrationsgeschehen gegen die Corona-Maßnahmen vom 28. bis 30. August 2020 im Umfeld des Reichstagsgebäudes in Berlin, was medial „Sturm auf den Reichstag“ genannt wurde. Laut Polizeimeldung vom 30.8.2020 wurden dadurch 33 Polizeibeamte verletzt,

316 Personen festgenommen sowie 131 Strafanzeigen gestellt, unter anderem wegen Beleidigung, tätlichem Angriff auf Polizeibeamte, Gefangenenbefreiung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Körperverletzung. Zudem wurden 255 Anzeigen wegen Ordnungswidrigkeitsverstößen aufgenommen.

Die Gewaltbereitschaft von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ zeigte sich in den letzten Jahren immer wieder bei Reaktionen auf staatliche Exekutivmaßnahmen. Am 19.10.2016 erschoss der „Reichsbürger“ Wolfgang P. in Georgensgmünd (Bayern) einen SEK-Beamten, P. wurde zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Auch aufgrund ihrer hohen Waffenaffinität stellen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ein erhöhtes Gefährdungspotenzial dar. In den USA wurden durch Personen aus einem vergleichbaren Spektrum („Sovereign Citizens“) bereits mehrere Polizisten getötet.

Im neuen Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates konstatiert das BfV ganz aktuell als besonders auffällig, dass dort im Jahr 2021 das „Feindbild Polizei“ sehr stark intensiviert wurde. Während am Anfang der Pandemie 2020 vor allem Politiker und Wissenschaftler im Fokus waren, würden seit spätestens 2021 polizeiliche Einsatzkräfte zunehmend angefeindet und diffamiert. Hier analysiert das BfV, dass Herabsetzungen solcher Art dazu dienen, Gewalt gegen Polizeibeamte als „Widerstandsakt zu legitimieren“ und die Hemmschwelle für Gewalt gegen die Polizei sukzessive herabzusetzen. Einerseits geschehe dies durch plumpe Schmähungen, andererseits durch die Herabsetzung der Polizei als Vollzugsorgan einer vermeintlichen „Corona-Diktatur“.⁴

Auf der Analyseebene von Extremismus- und Radikalisierungsforschung ist das Konzept der Delegitimierung, „Widerstand gegen eine angebliche Diktatur“ zu leisten, potenziell gefährlich, weil der Widerstand als legitime Notwehrhandlung gegen den Staat und seine Unterstützer dargestellt wird. In der Terrorismusforschung ist festzustellen, dass in den verschiedenen Phänomenbereichen potenzielle und tatsächliche Terroristen ihre Gewalt, die Tote und Verletzte bewirkt, als „notwendig“, als „legitim“ darstellen, das hat einen ideologischen Hintergrund. Wenn zum „Widerstand gegen vermeintliches Unrecht“ aufgerufen wird, besteht hier eine potenziell große Gefahr.

„Die regelmäßig wiederkehrende Behauptung der Corona-Leugner, wir lebten in einer de-facto-Diktatur und einem Notstandsregime, das beseitigt werden müsse und gegen das öffentlicher Widerstand legitim sei, muss als Beleg für eine fortschreitende Radikalisierung dieser Bewegung verstanden werden“, sagt der sächsische Verfassungsschutzpräsident Christian Ende bereits November 2021.⁵

Klare Feindbilder und Dichotomien „wir gegen die anderen“, „wir hier unten gegen die da oben“ erleichtern, befördern die Gewaltanwendung gegen Politiker, Polizeibeamte, Impfärzte, Mitarbeiter von Impfzentren sowie Journalisten. Solche Feindbilder werden von einigen Delegitimierern propagiert. Die letzten Monate zeigen, dass die Zahl der Radikalierten in den „Querdenker“-Demonstrationen zugenommen hat.⁶

Gefahrenpotenzial von aktiven und ehemaligen Soldaten sowie Polizeibeamten

Vor dem Hintergrund der Razzien gegen Mitglieder der oben beschriebenen Akteurskonstellation erklärte der Präsident des BfV, Thomas Haldenwang, Mitte Dezember 2021, dass es sich bei „der Radikalisierung von Angehörigen von Bundeswehr und Sicherheitsbehörden um ‚mehr als Einzelfälle‘“ handele. „Aber auf jeden Fall gilt weiterhin, die große überwältigende Masse der Beschäftigten in Sicherheitsbehörden steht wirklich mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Grundgesetzes“, führte Haldenwang aus.⁷ Im September 2020 veröffentlichte das BfV erstmalig den „Lagebericht Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden“. Seither wurden weitere Fälle von Rechtsextremismus in den deutschen Polizeien, in weiteren Sicherheitsbehörden und in der Bundeswehr bekannt. Beispielsweise hatten Bedienstete von polizeilichen Spezialeinheiten Waffen und Munition entwendet, um diese für einen sogenannten „Tag X“ verwenden zu können oder in



einem anderen Fall, um damit Schießtrainings auf dem Schießplatz eines bekannten Rechtsextremisten zu „bezahlen“. Daneben wurden in den letzten Monaten und Jahren Fälle, in denen Polizeibeamte in dienstinternen Chatgruppen rassistische, antisemitische und/oder den Nationalsozialismus verherrlichende Inhalte austauschten, bekannt. Diese Vorfälle führten nach Angaben der zuständigen Sicherheitsbehörden und des Bundesamtes für Verfassungsschutz nicht nur zur Einleitung straf- und disziplinarrechtlicher Maßnahmen gegen die Beteiligten, sondern teilweise auch zur Auflösung ganzer Einheiten.⁸

Die deutschen Verfassungsschutzbehörden betonen, dass aus „rechtsextremistischen Bezügen oder Verbindungen von Bediensteten der Sicherheitsbehörden zur ‚Reichsbürger‘- und ‚Selbstverwalter‘-Szene ganz konkrete Gefahrenpotenziale erwachsen“: Oftmals nähmen sie eingriffsintensive Aufgaben wahr, hätten Zugriff auf sensible Daten und Informationen über Behördeninterna und verfügten häufig über Spezialwissen, -ausbildungen und Zugang zu Waffen. Diese Möglichkeiten verlangen nach Auffassung der deutschen Sicherheitsbehörden „eine ganz besondere Wachsamkeit in Bezug auf die sicherheitsrechtliche Zuverlässigkeit und die beamtenrechtlichen Pflichten, damit diese nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet werden“.⁹ Daher alarmiere jede einzelne Meldung zu solchen extremistischen Vorfällen die Behörden und die Öffentlichkeit, auch wenn die absoluten Zahlen solcher Fälle in Relation zur Gesamtzahl der Bediensteten in den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz gering seien.¹⁰

Fazit

BfV-Präsident Haldenwang hofft, dass diese aktuelle Großrazzia andere Rechtsextremisten, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie Delegitimierer zukünftig abschrecke, Gewalt zu planen oder zu verüben. Jeder Radikalisierungsverlauf ist ein anderer, die Radikalisierungsfaktoren Ideologeelemente, Milieu, Internetinhalte sowie sozio-ökonomische Faktoren müssen von den Sicherheitsbehörden und der sicherheitspolitischen Forschung koordiniert, gemeinsam analysiert werden. Gerade in den Sozialen Netzwerken gibt es fließende Übergänge von enthemmter Sprache und extremistischen Narrativen verbunden mit Freund-Feind-Bildern und „Todeslisten“. Hier wäre eine intensive Kooperation von Sicherheitsbehörden und Wissenschaft notwendig und diese sollte von der Politik und den Behördenleitungen intensiviert und stark gefördert werden.

¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/terrorrazzia-thomas-haldenwang-fuer-check-bei-arbeit-in-sicherheitsbehoerden-a-05e9fcd8-b6a8-4223-abf8-3d9210d44ddf> (9.1.2023).

² <https://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/razzien-gegen-reichsbuerger-in-mehreren-bundeslaendern-2977039.html> (9.1.2023).

³ https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/reichsbuerger-und-selbstverwalter/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html (9.1.2023).

⁴ Vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022): Verfassungsschutzbericht 2021, S. 116-117.

⁵ <https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-dresden-corona-leugner-haben-rote-linien-ueberschritten-dpa.um-newsml-dpa-com-20090101-211129-99-188245> (9.1.2023).

⁶ <https://www.kas.de/de/web/extremismus/%E2%80%9EQuerdenker-akteure-ideologeelemente-gewaltpotenzial> (9.1.2023).

⁷ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/haldenwang-extremisten-in-sicherheitsbehoerden-nur-einzelfaelle-18518767.html> (9.1.2023).

⁸ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2022): Lagebericht Rechtsextremisten, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in Sicherheitsbehörden, S. 9.

⁹ Vgl. ebd., S.10.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 9-10.

«Reichsbürger»-Ideologie und Verschwörungsmythen

Sebastian Fischer, dpa

Sie sehen die Bundesrepublik nicht als souveränen Staat an. Nach der Großrazzia stellt sich erneut die Frage: Welchen Ideen hängen «Reichsbürger» an? Und wie gefährlich sind sie?

Sogenannte Reichsbürger richten sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung in Deutschland. Vor allem bei den Protesten gegen die Corona-Politik der Bundesregierung waren von Anfang an Anhänger der Szene immer wieder auch in der Öffentlichkeit anzutreffen. Auch schrecken sie vor teils tödlicher Gewalt nicht zurück - oft gegen die Polizei. Was ist ihre Ideologie?

Was versteht man unter «Reichsbürgern»?

Die Anhänger erkennen die Bundesrepublik Deutschland nicht als Staat an. Sie erklären wahrheitswidrig, das historische Deutsche Reich bestehe bis heute fort. «Reichsbürger» negieren heutige demokratische und rechtsstaatliche Strukturen wie Parlament, Gesetze oder Gerichte. Steuern, Sozialabgaben oder Bußgelder wollen sie nicht zahlen.

«Reichsbürger» bilden keine einheitliche Bewegung. Manche von ihnen sehen sich sogar als Staatsoberhäupter ihres eigenen kleinen Reiches, mit eigenen Ausweisen und Nummernschildern. Für diese nutzt der Verfassungsschutz den Begriff der «Selbstverwalter». Sie reklamieren für sich eine rechtliche und territoriale Autonomie abseits der Bundesrepublik. Es existieren auch Mischformen zwischen «Reichsbürgern» und «Selbstverwaltern».

Das Bundesamt für Verfassungsschutz rechnet der gesamten Szene rund 21 000 Anhänger zu. Etwa zehn Prozent von ihnen sieht die Behörde als gewaltorientiert an. Bei rund 1150 handelt es sich nach Angaben der Behörde um Rechtsextremisten.

Welche Ideologie steckt genau dahinter?

Die Verschwörungsmythen der «Reichsbürger» und «Selbstverwalter» transportieren nach Auffassung des Verfassungsschutzes antisemitische Muster, die etwa auch bei Rechtsextremen eine wichtige Rolle spielen. Dazu



gehören etwa die Leugnung des Holocausts, eine Schuldzuweisung an «die Juden» oder der sogenannte «Deep State»-Mythos, nach dem geheime Mächte vermeintlich das Weltgeschehen lenkten.

Weit verbreitet ist etwa die falsche Behauptung, Deutschland sei weiterhin von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs besetzt. Doch das ist hinlänglich widerlegt. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 regelte im Zuge der Vereinigung der damals beiden deutschen Staaten die Außenpolitik der Bundesrepublik mit den Alliierten. Damit endete der Sonderstatus Deutschlands, der seit 1945 in einer Art internationaler Vormundschaft durch die Siegermächte bestanden hatte.

Die Bundesanwaltschaft schreibt über die aktuelle Razzia: «Die Mitglieder der Gruppierung folgen einem Konglomerat aus Verschwörungsmythen bestehend aus Narrativen der sogenannten Reichsbürger- sowie QAnon-Ideologie.»

Was sind QAnon und der angeblich «tiefe Staat»?

QAnon ist die Bezeichnung für eine komplexe Verschwörungserzählung, die 2017 in den USA ihren Anfang nahm. Damals begann ein Nutzer mit dem Pseudonym «Q» auf einer Internet-Plattform, auf der man anonym und ohne Einschränkungen Beiträge posten kann, Geheiminformationen über vermeintliche Kriminelle aus Politik, Finanzwesen und Showbusiness zu veröffentlichen. Seither geht es bei QAnon etwa um angebliche Pädophile und Kannibalen in den höchsten Machtzentralen.

Integraler Bestandteil der Bewegung ist die Erzählung von einem angeblichen «tiefen Staat» oder auch «Deep State». Dahinter versteckt sich die krude Idee, hinter politischen Entscheidungen stünden geheime Mächte, die



WIBKE
CORNELIUS
FRAUENÄRZTIN



ADRESSE: Theaterstraße 8, 86152 Augsburg
TELEFON: 0821-511748
FAX: 0821-511749
EMAIL: info@frauenarzt-augsburg.com
WEBSITE: www.frauenarzt-augsburg.com



© boumenjapet

nicht demokratisch legitimiert seien. Die eigentliche Kontrolle habe eine angeblich verborgene «Elite» in höchsten Regierungsämtern und gesellschaftlichen Positionen.

Der Verfassungsschutz erkennt darin «Anleihen an das klassische Phantasma der jüdischen Weltverschwörung». Als vermeintliche Mitglieder dieser von Verschwörungserzählern auch als «Kabale» bezeichneten Gruppe sind denn auch häufig Jüdinnen und Juden, jüdische Organisationen oder als jüdisch charakterisierte Menschen - etwa der US-Investor George Soros, Microsoft-Gründer Bill Gates, die Bankiersfamilie Rothschild oder der Gründer des Weltwirtschaftsforums im schweizerischen Davos, Klaus Schwab.

Welche Symbole werden verwendet?

Am bekanntesten ist wohl die schwarz-weiß-rote Flagge des früheren Deutschen Kaiserreiches. Sie war auch zu sehen, als Aktivisten im Sommer 2020 versuchten, in den Reichstag zu gelangen. Sie gilt als Gegenentwurf zu den Farben Schwarz-Rot-Gold, die für die demokratischen Bundesrepublik steht. QAnon-Anhänger wiederum arbeiten häufig mit Codes. Neben dem Buch-

staben «Q» ist wohl am häufigsten das Kürzel «WWG1WGA» zu finden - «Where We Go One, We Go All» (sinngemäß: Einer für alle, alle für einen). Experten sehen darin einen Reiz für Verschwörungsgläubige: dass sie über Codes an einer großen Erzählung beteiligt sind. Zudem gibt es apokalyptische Motive, die im typischen Schwarz-Weiß-Denken von QAnon eine wichtige Rolle spielen. Als Messias wird der frühere US-Präsident Donald Trump angesehen, der die Welt angeblich rette.

Wie hoch ist das Gewaltpotenzial?

«Reichsbürger» versuchen, auf gesellschaftliche Proteste aufzusatteln. So sind zum Beispiel auch unter ihrem Einfluss die Demonstrationen gegen die staatliche Corona-Politik im Verlauf der Pandemie immer aggressiver geworden. So waren etwa bei den Protesten in Berlin am 29. August 2020 neben Rechtsextremen und Verschwörungstheoretikern auch Reichsbürger dabei. Damals wurde die Absperrung vor dem Reichstag durchbrochen und vorübergehend die Treppe des Gebäudes erstürmt.

Der Verfassungsschutz rechnet für das Jahr 2021 den «Reichsbürgern» und «Selbstverwaltern» 1011 extremistische Straftaten zu, darunter 184 Gewalttaten. Der Behörde zufolge besaßen Ende 2021 rund 500 Szeneangehörige eine waffenrechtliche Erlaubnis.

Erst im April 2022 sollen «Reichsbürger» Sprengstoffanschläge und die Entführung von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplant haben. Bei bundesweiten Durchsuchungen wurden seinerzeit vier Männer festgenommen.

«Reichsbürger» wehren sich massiv gegen staatliche Institutionen - und das schon bei solchen relativ geringen Maßnahmen wie etwa dem Einbau eines Stromzählers. In der Vergangenheit gab es immer wieder Fälle, bei denen auf Beamte geschossen oder eingeschlagen wurde. Im Oktober 2016 etwa tötet ein «Reichsbürger» bei einer Razzia im bayerischen Georgensgmünd einen Polizisten. Das Spezialeinsatzkommando (SEK) wollte die Waffen des Jägers beschlagnehmen.



Private orthopädische Praxis
Tom Feibel
Facharzt für Orthopädie
und Unfallchirurgie

Orthopädie | Feibel

Geistkircher Straße 10 · 66386 St. Ingbert
Tel.: 06894 / 96684-40 · Fax: 06894 / 96684-41
mail@orthopaedie-feibel.de

www.orthopaedie-feibel.de

Der Zoff um fünf Ziffern

Nico Pointner, dpa

Die Kennzeichnungspflicht für die Polizei kommt, zumindest für einen kleinen Teil der Beamten - und die Kritik daran ebbt nicht ab. Was hinter dem Vorhaben steckt.

Wenn es zur Sache geht bei Demonstrationen und rund um Fußballspielen, dann tragen Polizisten meist Helme und schwere Schutzrüstung. Einer sieht aus wie der andere, zu erkennen ist keiner. Das soll sich nun im Südwesten ändern: Das grün-schwarze Kabinett hat am Dienstag einen Gesetzentwurf für eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten bei Großeinsätzen beschlossen.

Tragen künftig also alle Polizisten im Südwesten eine Kennzeichnung?

Nein. Von den 29 000 Beamten im Land ist nur ein sehr kleiner Bruchteil betroffen - nämlich 1640 Einsatzkräfte vom Polizeipräsidium Einsatz sowie von den Einsatzhundertschaften Mannheim/Karlsruhe und Stuttgart. Der normale Streifenpolizist auf der Straße ist gar nicht betroffen.



Warum das Ganze?

Damit sollen Ermittlungen gegen Polizisten nach Großeinsätzen erleichtert werden. Die Polizei verhalte sich in der Regel völlig korrekt, es gebe aber immer wieder Einzelfälle, wo das nicht der Fall sei, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Dienstag, dem 22.11.2022, in Stuttgart. «Sowas kommt einfach vor.» Die Beamten seien bei Einsätzen etwa bei Demonstrationen durch Helme und Ausrüstung nicht ohne Weiteres zu erkennen, so der Regierungschef. Mit der Kennzeichnung könne man Vorfälle nachverfolgen. Bereits jetzt trügen viele Polizisten ein Namensschild an der Uniform, das sei aber freiwillig.

Wie sollen die Polizisten identifizierbar sein?

Nicht über den Namen jedenfalls. Geplant ist eine anonymisierte Kennzeichnung, bestehend aus der Länderkennung «BW» und einer fünfstelligen Ziffernfolge. Sie werde per Klettschild vor Einsatzbeginn gut sichtbar an der Oberbekleidung angebracht. Auf eine Kennzeichnung aller Streifenpolizisten wie in anderen Ländern wird bewusst verzichtet.

Wie wird die Kennzeichnungspflicht umgesetzt?

Jeder betroffene Polizeibeamte bekommt nach dem Zufallsprinzip jeweils drei Kennzeichenschilder mit unterschiedlichen Nummernfolgen persönlich zugeteilt, diese werden in einer Datenbank gespeichert. Im Bedarfsfall lassen sich die Nummern über die Datenbank zuordnen. Die Wechselmöglichkeit soll laut Innenministerium möglichen Missbräuchen vorbeugen und Einsatzkräfte beispielsweise bei wiederkehrenden Einsätzen vor gezielten falschen Anschuldigungen schützen.

Wieso gibt es Kritik?

Innenminister Thomas Strobl (CDU) hatte die Pläne mit einer «Stärkung des großen Vertrauens der Bürgerschaft in die Polizei» begründet. Aus Sicht der FDP im Landtag aber erschwert die Kennzeichnungspflicht die Arbeit der Polizisten unnötig. Die AfD geht noch weiter und nennt das Vorhaben einen «Affront gegen die Polizei» - und zudem sachlich völlig unbegründet: «Es soll offenbar mit Kanonen auf Spatzen geschossen werden. Der Innenminister täte gut daran, seine Energie darauf zu verwenden, Ordnung in sein Haus zu bringen», sagte der sicherheitspolitische Sprecher der AfD, Hans-Jürgen Goßner.

Wie sehen die Polizisten das?

Laut Deutscher Polizeigewerkschaft sind die Beamten empört. «Wir sehen das als absolutes Misstrauen, was man uns entgegenbringt», sagte Gewerkschaftschef Ralf Kusterer. Besonders auf die CDU ist die Gewerkschaft sauer, die habe sich von den Grünen in den Koalitionsverhandlungen dazu

Dr. med. Eckhard Weingärtner, F.E.B.O.
Augenärztliche Privatpraxis

Sophienstrasse 40 (6. Stock)
70178 Stuttgart, Parkhaus im Haus
Tel: 0711 - 99 79 70 79 • Fax 0711 - 32 77 94 20

www.augenarzt-koenigstrasse.de



breit schlagen lassen. Zudem sei das Vorhaben völlig überflüssig: Polizeikräfte seien bereits bei geschlossenen Einsätzen seit ewigen Zeiten identifizierbar, so der Gewerkschafter.

Namen und die Dienststelle anzugeben. «Diese Verfahrensweise hat sich hinsichtlich der nachträglichen Identifizierbarkeit von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bewährt», so der Sprecher.

Stimmt das denn?

Jein. Derzeit tragen sogenannte Gruppen, die für gewöhnlich aus sieben oder bis acht Beamten bestehen, bei Einsätzen die gleichen Ziffern und Buchstaben auf dem Rücken. Vermeintliches Fehlverhalten könne dadurch ermittelt werden, sagt Kusterer. Mit der «taktischen Rücken Kennzeichnung» der Einsatzkräfte werde das Führen der Einheiten in dynamischen Einsatzlagen erleichtert, so das Innenministerium. Über die taktische Kennzeichnung sei «lediglich eine nachträgliche Zuordnung einzelner Einsatzkräfte zu der jeweiligen Einheit, bis hin zur jeweiligen Gruppe, und gegebenenfalls zu einer bestimmten Funktion innerhalb dieser Einheit möglich». Wenn jemand exotische Körpermerkmale habe, könne er auch individuell identifiziert werden, so der Sprecher des Ministeriums. Mehrere Gruppen bilden übrigens einen sogenannten Einsatzzug, mehrere Einsatzzüge eine Hundertschaft - die setzt sich aus rund 120 Einsatz- sowie Führungskräften zusammen.

Warum tragen Polizisten manchmal trotzdem ihren Namen auf der Brust?

Die Beamten sind in Baden-Württemberg nicht verpflichtet, im Rahmen des täglichen Dienstes Namensschilder oder andere individuelle Kennzeichnungen zu tragen - es ist ihnen aber freigestellt, während des Dienstes ein Namensschild zu tragen. Zudem haben Polizisten nach Angaben des Ministeriums im Dienst auf Verlangen den Dienstausweis vorzuzeigen sowie den

Wie oft kommt es überhaupt zu solchen Vorfällen bei Großeinsätzen, wo eine Identifikation von Polizeibeamten erforderlich ist?

Das ist gar nicht bekannt. Weder Innenministerium noch Landespolizeipräsidentium lägen Erkenntnisse über die Anzahl von Anzeigen oder Beschwerden der Dienststellen und Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg vor, sagte ein Sprecher des Ministeriums. Dazu erfolge keine statistische Erfassung.

Polizei will mit neuer Software Massenpanik vermeiden

Nico Pointner, dpa

Damit die Flucht nicht zur tödlichen Falle wird: Die Polizei will mit einer neuen Software Katastrophen wie bei der Duisburger Loveparade verhindern. Bei der EM 2024 soll das Programm zum Einsatz kommen.



Ein Terroranschlag auf einem Weihnachtsmarkt, ein Blitzschlag auf einem Festivalgelände, eine Explosion in einem Konzertsaal: Solche Horrorszenerien können dazu führen, dass Menschenmassen in Panik geraten. Um dies zu vermeiden und Fluchtwege zu berechnen, will sich Baden-Württemberg auf der am Mittwoch, dem 30.11.2022, beginnenden Innenministerkonferenz (IMK) für den großflächigen Einsatz einer neuen Software einsetzen: «Escape» heißt das Programm, das unter Mitwirkung der Stuttgarter Polizei entwickelt wurde. Um Katastrophen wie bei der Duisburger Loveparade zu verhindern, will die Polizei damit künftig vor Großveranstaltungen die Bewegung von Menschenmassen am Computer simulieren.

Wie die Deutsche Presse-Agentur erfuhr, will sich Innenminister Thomas Strobl auf der IMK dafür einsetzen, dass die Software in einer weiterentwickelten Form bald im polizeilichen Regelbetrieb zum Einsatz kommt. Bei der Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland soll das Programm erstmals eingesetzt werden, und zwar an allen zehn Spielorten, wie der CDU-Politiker sagte.

Wie kommen möglichst viele Menschen möglichst schnell und sicher vom Gelände? Wo gibt es Engstellen und Nadelöhre? Mit der Software können Personenströme großflächig auch von parallel stattfindenden Veranstaltungen simuliert und in die Einsatzplanung eingebunden werden. Ein derartiges Tool stehe der Polizei etwa bei der Optimierung von Fluchtwegen nicht zur Verfügung, hieß es aus dem Ministerium. Nach der EM 2024 soll die

Software «grundsätzlich ein fester Bestandteil der polizeilichen Einsatzplanung» sein.

Es sei eine Herausforderung für die Polizei, wenn bei großen Veranstaltungen eine enorme Anzahl an Besuchern schnell einen Ort verlassen müsse, sagte Strobl. «Die tragischen Bilder der Love Parade 2010 in Duisburg sind vielen von uns immer noch präsent.» Mit der Software könnten polizeiliche Einsätze noch besser geplant werden. «Das ist ein ganz wichtiger Baustein,

Panificio Sirignano GbR

das ware italienische Brot aus Stuttgart

seit 1987

Langwiesenweg 30 • 70327 Stuttgart
tel. 0711/463081 • fax. 0711/461093

www.panificiosirignano.de

damit Großveranstaltungen noch sicherer werden und die Polizei eine entsprechende Lage noch besser steuern kann.»

Bei der Innenministerkonferenz will Baden-Württemberg zudem auf Fördermittel für das Projekt durch das Bundesforschungsministerium drängen. Sollte das nicht funktionieren, sollen die Innenministerien von Bund und Ländern nach Vorstellung des Südwestens das Projekt finanziell stemmen. Am 24. Juli 2010 waren am einzigen Ein- und Ausgang der Loveparade in Duisburg 21 Menschen in einem Gedränge erdrückt worden. Mindestens 652 Loveparade-Besucher wurden damals verletzt.

Forschung für die zivile Sicherheit

Die Polizei Stuttgart geht in Sachen Sicherheit neue Wege und betätigt sich aktiv in der Sicherheitsforschung.

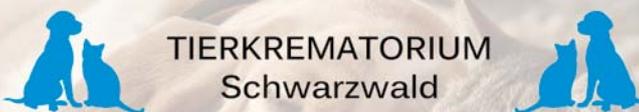
Im Projekt ESCAPE entwickelt die Polizei in Zusammenarbeit mit Forschungsinstitutionen eine Software, um die Räumung großflächiger Areale realitätsnah simulieren zu können. Vor allem dann, wenn mehrere Großveranstaltungen gleichzeitig geräumt werden müssen, wird die Lage schnell komplex. Personenstromsimulationen sollen dabei helfen, Sicherheits- und Räumungskonzepte, wissenschaftlich basiert, zu verbessern. Auf diese Weise machen wir den Besuch von Massenveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger noch ein Stück weit sicherer.

ESCAPE schließt eine wesentliche Lücke zwischen den gängigen Besucher-simulationen und den steigenden Anforderungen an die konzeptionelle Planung paralleler Veranstaltungen. Sicherheitsplaner, Veranstalter sowie Polizei, Feuerwehr oder Infrastrukturbetreiber erhalten auf diese Weise die gleichen Informationen und können zielgerichtet, schnell und effizient die Planung von Großveranstaltungen durchführen.

Die Ergebnisse des erfolgreich abgeschlossenen Forschungsprojektes ESCAPE sollen nun im Rahmen des Innovationsprojektes „ESCAPE PRO“ praxisnah fortentwickelt und eine Brücke in die Praxis gebaut werden. Wir haben uns deshalb um eine Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit 2018 bis 2023“ („Innovationen im Einsatz – Praxisleuchttürme der zivilen Sicherheit“) beworben. Für das angedachte Innovationsprojekt sollen die Forschungsergebnisse auf einen möglichst großen Anwenderkreis übertragen und umfangreiche Praxiserprobungen ermöglicht werden. Vorgelant sind fünf neue Polizeidienststellen, zwei kommunale Vertreter und die Deutsche Hochschule der Polizei. Aufgrund des aktuell laufenden Bewerbungsverfahrens beim BMBF folgen weitere Details zu einem späteren Zeitpunkt.

Forschungshintergrund

In Deutschland finden zahlreiche Großveranstaltungen und Versammlungen mit Tausenden von Besucherinnen und Besuchern gleichzeitig und in unmittelbarer Nähe zueinander statt. Müssen solche Gebiete aufgrund einer akut auftretenden Gefährdungslage (z.B. Terroranschläge, Unwetter) geräumt werden, können die Besucherströme im Ernstfall kollidieren. Die Möglichkeit, solche komplexen Szenarien mittels Personenstromsimulationen zu analysieren, fehlt bisher.



**TIERKREMATORIUM
Schwarzwald**

WIR SIND DA WENN FREUNDE GEHEN

Ihr Tierkrematorium in Süddeutschland
Tel.: 07422 - 954 26 15 · Mobil: 0151 - 4322 72 44
24Std. erreichbar
www.tk-schwarzwald.de
Lise-Meitner-Straße 11 · 78713 Schramberg-Sulgen

Unser Projektziel

Um den Sicherheitsbehörden ein probates Simulationswerkzeug an die Hand zu geben und die polizeiliche Vorplanung von Großveranstaltungen zu optimieren, beteiligt sich das Polizeipräsidium Stuttgart federführend an der Erforschung neuer, anwenderfreundlicher Simulationstechnologien. Gemeinsam mit der Firma accu:rate und dem Fraunhofer IOSB erarbeitet das Polizeipräsidium Stuttgart im Rahmen des Projekts ESCAPE ein Simulationswerkzeug, das es ermöglicht, sicherheitsrelevante Wechselwirkungen von zeitgleich stattfindenden Großveranstaltungen zu simulieren.

Die Forschungslücke

Relevante Veranstaltungsflächen sind üblicherweise so groß, dass eine rein mikroskopische Personenstromanalyse so rechenaufwändig ist. Ziel des Forschungsprojektes ist es daher, den Simulationsbereich so aufzuteilen, dass lediglich identifizierte kritische Bereiche wie kritische Engstellen mit dem mikroskopischen Modell simuliert werden, während die restlichen Bereiche mit dem makroskopischen Modell simuliert werden. Auf diese Weise wird den Sicherheitsbehörden ermöglicht, Räumungssituationen auch bei großflächigen Veranstaltungs- und Versammlungsbereichen effizienter einschätzen zu können.

Der Forschungsansatz

Um das Projektziel zu erreichen, wird accu:rate die Simulationssoftware so erweitern, dass festgelegte Bereiche mit dem makroskopischen Modell simuliert werden können, und ein Wechsel zwischen den Modellen möglich ist. Zusätzlich soll eine automatische Erkennung der kritischen Bereiche integriert werden. Außerdem wird die Visualisierung der Simulationsergebnisse erweitert, sodass die kritischen Bereiche detailliert betrachtet werden können. Mit Hilfe der erweiterten Software werden anschließend zwei parallel stattfindende Veranstaltungen im NeckarPark Stuttgart beispielhaft simuliert und die Ergebnisse mit Realdaten verglichen.

Unser Vorgehen

1. Analyse polizeilicher Anforderungen an Simulationen

Damit die Simulationssoftware später auch bei der Vorbereitung polizeilicher Einsätze von Nutzen ist, definieren wir in einem ersten Schritt die Anforderungen seitens der Sicherheitsbehörden an Personenstromsimulationen. Dies geschieht auf Basis von Experteninterviews und Workshops mit einsatzerfahrenen Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen.

2. Erweiterung und Kalibrierung des Simulationsmodells

Bisher war es technisch nicht möglich Besucherströme größere Flächen, wie das Veranstaltungsareal NeckarPark in Stuttgart, zu simulieren. Daher entwickeln unsere Projektpartner accu:rate und das Fraunhofer IOSB ein Simulationsmodell um großflächige Areale abzubilden.

3. Technische Validierung des Simulationsmodells

Da aufgrund der Absage von Veranstaltungen i.Z.m. der Corona-Pandemie keine Realdaten aus aktuellen Messungen zur Validierung herangezogen werden konnten, erfolgte die Validierung des Simulationsmodells, in Abstimmung mit dem Projektträger, auf technischer Ebene.

4. Evaluation

Abschließend erfolgt die technische und logische Validierung der Simulationssoftware. Es wird insbesondere überprüft, ob das Ergebnis den polizeilichen Anforderungen entspricht und letztlich dazu beiträgt, die Sicherheit von Großveranstaltungen zu verbessern.

Mängel an Schutzwesten - Polizeigewerkschaft fordert schnelle Lösung

Susanne Kupke und Marco Krefting, dpa

Wie sicher sind die Schutzwesten der Polizei? In akuter Gefahr sind Beamte laut Ministerium und Gewerkschaft nicht. Dramatisch findet letztere aber, wie schlecht die Polizei insgesamt aufgestellt ist.

Nach Berichten über mangelhafte Schutzwesten fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoG) in Baden-Württemberg die bestmögliche Schutzausstattung für Polizisten. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines ernsthaften Schutzproblems als relativ gering eingeschätzt werde, könne es keinesfalls hingeworfen werden. «Der Mangel an der Schutzweste wurde festgestellt, und er muss behoben werden», betonte Gewerkschaftschef Ralf Kusterer am Donnerstag, dem 02.02.2023, auf Anfrage. Das sieht auch das Innenministerium so. Die Herstellerfirma arbeite mit Hochdruck an möglichen Lösungen. Die Schutzweste biete dennoch ein hohes Maß an Sicherheit und werde weiter getragen.

Die meisten ballistischen Schutzwesten der Landespolizei sind nach Berichten der «Stuttgarter Nachrichten» und «Stuttgarter Zeitung» nicht hundertprozentig sicher. Bei etwa 17 000 sogenannten Unterziehschutzwesten mit der Bezeichnung BA 466 bestehe die Gefahr, dass ein aufgesetzter Schuss die Weste durchschlage, berichteten die Zeitungen unter Berufung auf einen Informationsbrief des Landespolizeipräsidiums. Schüsse aus der Distanz hätten dem Testschuss hingegen standgehalten.

Nach Angaben der Polizeigewerkschaft wurden die Westen in den Jahren 2013 bis 2019 angeschafft. «Wir schätzen, dass das ca. 80 bis 85 Prozent der Schutzwesten sind», so Kusterer. Modelle, die nach 2019 erworben wurden, hätten einen anderen Aufbau. Bei ihnen seien keine Auffälligkeiten festgestellt worden.

Dem Innenministerium zufolge entspricht die Unterziehschutzweste für den täglichen Dienst nicht in vollem Umfang den hohen Sicherheitsanforderungen, die die Polizei Baden-Württemberg an die Ausrüstung stelle. Im Rahmen einer ballistischen Qualitätssicherung seitens der Herstellerfirma habe sich herausgestellt, dass es «unter spezifischen Laborbedingungen vereinzelt an bestimmten Bereichen zu Durchschüssen kommen kann».

Für Gewerkschafter Kusterer muss die Bereitstellung einer Schutzausrüstung mit uneingeschränkter Erfüllung der Anforderungen in der sogenannten Schutzklasse höchste Priorität haben. Schutzausstattungen müssten zudem ständig überprüft und ältere früher ausgetauscht werden.

Nötig sei vor allem, dass die Politik genügend Finanzmittel zur Verfügung stelle. Leider sei die Polizei völlig defizitär mit Geldern ausgestattet, meinte Kusterer. «Dramatisch an der Situation bei den Schutzwesten ist, dass neben vielen anderen Meldungen der vergangenen Wochen es zeigt, wie schlecht diese Polizei aufgestellt ist.» Kusterer erinnerte etwa an den Hackerangriff auf die IT der Polizei, der teilweise das System lahm gelegt habe.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Sascha Binder, äußerte sich bestürzt über die Mängel. Die Sicherheit der Polizisten müsse höchste Priorität haben. Er warf Innenminister Thomas Strobl (CDU) vor, sich vor allem auf Selbstdarstellung zu konzentrieren. Die Polizei bleibe dabei auf der Strecke.



Der sicherheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Hans-Jürgen Goßner forderte von Strobl eine Erklärung, nach welchen Kriterien die Beschaffung ausgeschrieben und wie die Vergabep Praxis und Qualitätssicherung durchgeführt worden sei. «Hier geht es um nicht weniger als um die körperliche Unversehrtheit seiner Beamten.» Das Innenministerium verwies indessen darauf, dass die Westen zu Zeiten angeschafft wurden, als die SPD das Ministerium geleitet habe.

Rund um 's Gebäude!

- Gebäudereinigung
- Grundreinigung
- Baureinigung
- Brandschadensanierung
- Recycling
- Hausmeisterdienst
- Abbruch & Entkernung
- Glasreinigung
- Gleisreinigung
- Winterdienst
- Entrümpelung
- Asbestsanierung

Picobello Gebäudeservice GmbH

Panoramastr. 65 | 75217 Birkenfeld
Tel.: 07231 - 776 41 61
Fax: 07231 - 938 80 38
info@picobello-reinigung.de



Kein Schocker auf Streife - Taser weiter nur für Spezialeinheiten

Martin Oversohl und Nico Pointner, dpa

Seit fünf Jahren haben Polizisten im Einsatz sogenannte Elektroschocker mit dabei, um sich bei Angriffen zu wehren. Allerdings gilt das nicht für alle, sondern nur für Spezialeinheiten. Die Gewerkschaft will das ändern, aber die Regierung bleibt auf Kurs.

Anders als in anderen Bundesländern werden Streifenpolizisten in Baden-Württemberg auch weiterhin nicht mit einem Elektroschocker ausgerüstet, um einen Angriff abzuwehren und Kriminelle außer Gefecht zu setzen. «Eine flächendeckende Einführung von Tasern ist aktuell nicht geplant, wird als Option aber kontinuierlich überprüft», sagte Landesinnenminister Thomas Strobl der Deutschen Presse-Agentur am 30.12.2022. Der Einsatz der Geräte, die bei Angreifern eine kurzzeitige Lähmung im Nervensystem verursachen, müsse mit hohem Aufwand trainiert werden. «Er ist deshalb den Spezialeinsatzkräften des Polizeipräsidiums Einsatz vorbehalten», sagte Strobl.

Andere Länder wie Bayern haben den Einsatz der sogenannten Distanz-Elektroimpulsgeräte hingegen deutlich ausgeweitet.

Vor allem die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert seit Jahren vehement, Polizeibeamte im Südwesten mit den sogenannten Tasern auszustatten. Es sei «eine absolute Fehlentscheidung», auf einen flächendeckenden Einsatz zu verzichten, sagte der Landesvorsitzende Ralf Kusterer. «Wie in anderen Themenfeldern in der Inneren Sicherheit laufen andere Bundesländer uns davon», kritisierte er.

Insbesondere bei der zunehmenden Zahl von Einsätzen mit psychisch kranken Menschen sollte aus seiner Sicht nicht die Schusswaffe, sondern ein Elektroschocker eingesetzt werden. Der Taser müsse zur Standard-Ausstattung im Streifendienst werden - für die Polizisten, die zuerst vor Ort und in gefährlichen Situationen seien, sagte Kusterer der dpa. Auch aus seiner Sicht schützt ein Taser die Polizei. «Er ist das einzige Mittel zwischen Schlagstock und Pistole, er ist milder als die Schusswaffe und rettet auch deshalb Menschenleben.»

Das Innenministerium sieht das anders. Alle regionalen Polizeipräsidien seien mit Bodycams am Körper ausgestattet, es gebe zudem Videotechnik für die Polizei, um Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Verkehr sichern zu können. Einsatzmehrzweckstöcke gehörten bei bestimmten Einheiten dazu, außerdem Schutzausrüstung und die neue Maschinenpistole MP7. «Die Polizei Baden-Württemberg gehört zu den am besten ausgerüsteten Polizeien überhaupt», sagte ein Ministeriumssprecher.



Bei den Elektroschockern allerdings drehen Kriminelle auch immer wieder den Spieß um und beschaffen sich eigene Geräte, um Polizisten abzuwehren. «Mit großer Sorge sehen wir die Entwicklung, dass Kriminelle sich mit ähnlichen Geräten ausstatten», sagte Kusterer.

Mit dem Taser wird ein Gegner mehrere Sekunden lang handlungsunfähig gemacht. Aus einer Distanz von zwei bis fünf Metern schießt der Polizist mit Draht verbundene Pfeile ab. Für den Getroffenen ist das schmerzhaft, denn der Pfeil dringt mehrere Millimeter tief in die Haut und gibt einen Stromimpuls ab. Damit sollen Polizisten einen Angreifer auf Distanz halten können - ohne dass es das Risiko einer tödlichen Verletzung gibt. Ganz ohne Risiko ist der Einsatz eines Elektroschockers aber nicht. Gerade bei Älteren, Schwangeren und Menschen mit Herzproblemen kann er tödliche Folgen haben.

Die Spezialeinheiten der Polizei in Baden-Württemberg nutzen ihre Elektroschocker nicht oft. Die Geräte schrecken vor allem ab, die Nutzung wird in Baden-Württemberg auch angedroht, aber dann eher selten genutzt. Im vergangenen Jahr drückte die Polizei vier Mal ab, fünf weitere Male nutzte sie ein solches Gerät im laufenden Jahr bis Ende November. Seit Einführung im März 2007 wurden sie in 59 Fällen eingesetzt. Bislang wurden keine Todesfälle im Zusammenhang mit dem Polizeigebrauch eines solchen Geräts bekannt.

METALL
CNC Blechbearbeitung

LASER • STANZEN • EINZELTEILE • KLEIN- UND GROSSSERIEN • BIEGEN • SCHWEISSEN
MECHANISCHE BEARBEITUNG • OBERFLÄCHENBEHANDLUNG • MONTAGE

WK Metall GmbH • Robert-Grob-Straße 7 • 75305 Neuenbürg
Tel. 07082 94538-0 • Fax 07082 94538-21 • info@wk-metall.de • www.wk-metall.de

Volksfeste locken Geldfälscher: Wieder mehr Euro-Blüten im Umlauf

Jörn Bender und Friederike Marx, dpa

Das Ende der Corona-Einschränkungen macht es auch Kriminellen wieder leichter, Falschgeld unters Volk zu bringen. Die Gefahr, gefälschte Scheine oder Münzen untergejubelt zu bekommen, bleibt jedoch gering, wie die Bundesbank betont.

Eigentlich ist es kinderleicht, Falschgeld zu erkennen: Zwei Zwölfjährige in Kassel jedenfalls wurden stutzig, als ihnen ein Unbekannter auf einem Weihnachtsmarkt einen 50-Euro-Schein anbot, um sich etwas zu kaufen. Sie fragten vorsichtshalber in einem Geschäft, ob mit dem Schein etwas nicht stimme. Statt dem Mann dann wie von diesem gewünscht das Wechselgeld auszuhändigen, informierten die Jungen die Polizei.

Dass mit dem Auslaufen der Corona-Beschränkungen wieder Volksfeste und Weihnachtsmärkte ausgerichtet werden, auf denen traditionell viel mit Schein und Münze bezahlt wird, nutzen Kriminelle aus. In Deutschland und Europa tauchte im vergangenen Jahr wieder mehr Falschgeld auf. «Dies dürfte daran liegen, dass die Corona-Einschränkungen der beiden Vorjahre größtenteils aufgehoben wurden und Volksfeste oder Weihnachtsmärkte wieder stattfanden, wo überwiegend mit Bargeld bezahlt wird», sagte Bundesbank-Vorstand Burkhard Balz.

In Deutschland zogen Polizei, Handel und Banken im vergangenen Jahr fast 44 150 gefälschte Euro-Banknoten aus dem Verkehr, wie die Bundesbank am Montag, dem 16.01.2023, mitteilte. Das waren 5,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor. «Insgesamt bleibt das Falschgeldaufkommen jedoch weiter sehr niedrig: Rein rechnerisch entfielen 2022 nur fünf falsche Banknoten auf 10 000 Einwohner», ordnete Balz ein. Zum Vergleich: 2015 registrierte die Bundesbank 95 400 gefälschte Euro-Scheine in Deutschland und damit so viele wie nie seit Einführung des Euro-Bargelds 2002.

«Die Corona-Jahre waren im Hinblick auf das Bargeld außergewöhnliche Jahre», sagte Balz der Deutschen Presse-Agentur. «Wir werden erst in ein bis zwei Jahren sehen, ob sich das Falschgeldaufkommen in Deutschland auf niedrigerem Niveau eingependelt hat.» Dies hänge auch davon ab, wie sich die Bargeldnutzung weiterentwickle. Dass zunehmend bargeldlos bezahlt werde, könnte Geldfälschern das Leben erschweren.

Der rechnerische Schaden infolge von Falschgeld in Deutschland stieg allerdings deutlich: von 1,9 Millionen 2021 auf nun 2,7 Millionen Euro. Das lag nach Angaben der Bundesbank vor allem daran, dass in mehreren Fällen hochwertige Güter wie Uhren und Autos mit gefälschten 100- und 200-Euro-Banknoten bezahlt wurden. Weil solche großen Stückelungen selten genutzt werden, sind sie vielen Menschen eher unbekannt. Das nutzen Betrüger aus.

Gefälscht werden jedoch nach wie vor überwiegend 20- und 50-Euro-Scheine, die im täglichen Gebrauch häufiger vorkommen. Auf sie zusammen entfielen 69 Prozent der gesamten 2022 in Deutschland entdeckten Falschnoten. Auch in Europa insgesamt machen diese beiden Stückelungen fast zwei Drittel der 376 000 gefälschten Euro-Scheine aus, die aus dem Verkehr gezogen wurden. Die Zahl der Euro-Blüten erhöhte sich damit zum Vorjahr um 8,4 Prozent. Das Schadensvolumen stieg von 17,5 Millionen auf 21,5 Millionen Euro.

Eine Mode der vergangenen Jahre scheint unterdessen bei Kriminellen an Anziehungskraft zu verlieren: Der Anteil von Druckfälschungen mit der Aufschrift «Movie Money» oder «Prop copy» unter den in Deutschland sichergestellten Blüten verringerte sich von 22 Prozent auf 17 Prozent. Solche



Scheine werden im Internet als Spielgeld oder Filmrequisite angeboten. Betrüger bringen diese relativ leicht erkennbaren Fälschungen ohne Sicherheitsmerkmale wie Wasserzeichen oder Hologrammfenster seit einiger Zeit in größerem Stil unters Volk. «Die Thematik ist beim Einzelhandel inzwischen angekommen, zugleich wächst der Druck durch die Strafverfolgungsbehörden. Das Inverkehrbringen von Movie Money kann eine Straftat sein», erläuterte Balz. Falschgeld wird nicht ersetzt.

Das gilt auch für gefälschte Münzen, die immer wieder in Klingelbeuteln oder Spendendosen landen. Weil karitative Organisationen aus logistischen Gründen in den Pandemie-Jahren verdächtige Münzen sammelten und diese erst mit Verspätung bei der Bundesbank abgaben, schoss die Zahl der Falschmünzen in Deutschland nach oben: Fast 73 400 falsche Euro-Münzen zählte die Bundesbank, ein Jahr zuvor waren es 41 100. Wie bei Scheinen gilt: Die Wahrscheinlichkeit, eine gefälschte Münze untergejubelt zu bekommen, ist vergleichsweise gering. Rechnerisch entfielen in Deutschland neun falsche Münzen auf 10 000 Einwohner.

Frauenarztzentrum

Bahnhofstr. 26 (im Centhof)
36037 Fulda

Dr. Oliver Schenk
Dr. Stephan Born
Dr. Eberhard Blümm
Dr. Andrea Franz



Scannen und
online Termin
vereinbaren

www.frauenaezrte-fulda.de
email: frauenaezrte@web.de

Tel: 0661/70000 Fax: 0661/77188

Jubiläumsübung: Hamburger Spezialeinheiten nehmen Geiselnnehmer fest

Bernhard Sprengel, dpa

Die Polizei will Geiseln retten, doch am Ende sind sie alle tot. 50 Jahre nach dem Desaster von München will die Hamburger Polizei auf jede Bedrohungslage reagieren können. Die Spezialeinheiten demonstrieren ihre Fähigkeiten und senden damit eine Botschaft.

Es kracht, Nebel steigt auf, Flammen schlagen an einem Linienbus hoch. Rund ein Dutzend schwer bewaffnete Polizisten stürmen mit Gebrüll das Fahrzeug, in dem ein bewaffneter Geiselnnehmer Fahrgäste bedroht. Mit diesem gestellten Szenario auf einem Polizeigelände in Hamburg-Alsterdorf demonstrieren die Spezialeinheiten am Donnerstag, dem 03.11.2022, ihr Vorgehen bei einer Geiselnahme. Die Hamburger Polizei will zeigen, dass sie auf jedes vorstellbare Bedrohungsszenario vorbereitet ist.

Die Spezialeinheiten waren am 6. November 1972 gegründet worden. Damals war der Anschlag auf die Sommerspiele von München erst zwei Monate her. Palästinensische Terroristen hatten zwei israelische Athleten erschossen und neun weitere Israelis als Geiseln genommen. Bei einem gescheiterten Befreiungsversuch der Polizei auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck in Bayern waren alle Geiseln und ein Polizist sowie fünf Terroristen ums Leben gekommen.

Das Gründungsjubiläum sei einerseits ein Grund zum Feiern, sagte Hamburger Polizeipräsident Ralf Martin Meyer und fügte hinzu: «Andererseits kann ich die Wunde von 1972 als Polizist in Deutschland immer noch spüren.» Mehr als 3200 Einsätze, oft in sehr brisanten Lagen, haben die Hamburger Spezialkräfte seit ihrer Gründung absolviert, wie LKA-Chef Jan Hieber sagte. Hinzu kommen mehrere Tausend Observationen und Festnahmen.

Viele Menschen konnten aus lebensgefährlichen Situationen befreit werden. «Die Polizei ist meiner Hinrichtung zuvorgekommen», sagte der 1998 entführte Hotelierssohn Bodo Janssen nach Angaben von Meyer. Nur fünfmal hätten die Beamten von der Schusswaffe Gebrauch machen müssen, erklärte die Polizei. Dabei seien drei Täter zu Tode gekommen und ein Beamter verletzt worden.

Die olivgrün gekleideten Beamten des SEK gehören zusammen mit den meist in Zivil agierenden Kollegen vom Mobilien Einsatzkommando (MEK) zur Abteilung 24 im Landeskriminalamt (LKA 24/SE). Das MEK übernimmt nach Angaben eines Polizeisprechers vorwiegend Observationen. Die Mitglieder des SEK haben eine rund 30 Kilo schwerere Ausrüstung und können «robuster» vorgehen.

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem Angriff auf den Pariser Musikclub Bataclan 2015 hätten die Spezialeinheiten neue Einsatzmittel bekommen, darunter Sturmgewehre, Distanz-Elektroimpulsgeräte (Taser) und das gepanzerte Fahrzeug Survivor. «Natürlich sieht das martialisch aus», sagte Hieber mit Blick auf die Übung zum Jubiläum. Das diene auch dazu, einen Täter zum Aufgeben zu bewegen. Doch die Spezialeinheiten wählten immer das mildeste Mittel. Bei einem Messertäter beispielsweise hätten normale Polizisten oft nur die Möglichkeit, tödliche Gewalt anzuwenden. «Spezialeinheiten haben andere Möglichkeiten, um den Täter sicher zu stoppen.»

Die aktuelle Gefahrenlage in Hamburg sei abstrakt, aber auf hohem Niveau, erklärte der Leiter des LKA 24/SE, Hauke Carstensen. Es seien viele Waffen im Umlauf, psychisch kranke Täter seien eine große Gefahr.

Bei der Jubiläumsvorführung erfolgt der eigentliche Zugriff des Spezialeinsatzkommandos hinter einer dichten Nebelwand. Wenige Augenblicke spä-



Jan Hieber, Leiter Landeskriminalamt Hamburg

ter führen die Beamten den gefesselten Täter aus dem Bus und setzen ihn in ein Polizeifahrzeug. Es scheint alles nach Drehbuch gelaufen zu sein. Dass es in der Wirklichkeit auch Pannen gibt, zeigt der Rückblick der Polizei auf spektakuläre Einsätze der Vergangenheit. Im «Hamburger Polizei Journal» heißt es in einem Bericht zur Festnahme eines Räubers, der 1974 in einer Bank Geiseln genommen hatte: «Schaulustige waren zu nah am Tatort. Nach dem Zugriff herrschte ein großes Durcheinander vor der Bank.»



Drogen-Krise in NRW: «Nicht mehr der 19-Jährige auf dem Bahnhofsklo»

Frank Christiansen, dpa

Die Zahl der Drogentoten hat sich in NRW in wenigen Jahren mehr als verdreifacht. Anscheinend kommen mehrere Ursachen zusammen. Aber wieso steigt die Zahl der Toten nur in Nordrhein-Westfalen so rasant?

Schleichend hat sich die Zahl der Drogentoten in Nordrhein-Westfalen innerhalb weniger Jahre mehr als verdreifacht - auf zuletzt fast 700 im Jahr 2021. Zum Vergleich: Im Straßenverkehr starben in NRW im gleichen Jahr bei Unfällen 425 Menschen. Bundesweit wäre die Zahl der Drogentoten 2021 sogar rückläufig gewesen, wenn man Nordrhein-Westfalen herausrechnet.

Dass es trotzdem zu einem deutlichen Anstieg kam, liegt an Nordrhein-Westfalen mit 292 Drogentoten zusätzlich in nur einem Jahr. Aber was ist die Ursache? Experten bringen eine Reihe von Faktoren ins Spiel, geben aber auch zu: «So richtig aufgeklärt ist das nicht.»

Der demografische Faktor

In den letzten Jahren gehe 80 Prozent des Anstiegs der Todesfälle in NRW auf die Gruppe der Drogenabhängigen zurück, die an den Langzeitschäden ihres Konsums sterben. «Der durchschnittliche Drogentote ist aktuell über 40 Jahre alt», sagt Prof. Norbert Scherbaum, Klinikdirektor für Psychiatrie an der LVR-Uniklinik Essen. Durch die besseren Hilfsangebote sind die Abhängigen älter geworden. «Es geht nicht mehr um den 19-Jährigen auf dem Bahnhofsklo.»

Die Langzeitabhängigen würden oft auch nicht an einer Überdosis sterben, sondern etwa an Lungenkrebs oder einer Leberzirrhose. «Wir betreuen in der Substitutionsbehandlung Menschen, die sind seit 40 Jahren abhängig und inzwischen 60 Jahre alt», sagt Scherbaum.

Daten- und Wissenslücken

«Nur bei einem Teil der Todesfälle finden Obduktionen und toxikologische Blutanalysen statt», sagt Scherbaum. «Was uns umtreibt, ist der Mischkonsum», ergänzt Prof. Heino Stöver (Uni Frankfurt). Bei Entzug greifen die Süchtigen schnell zu anderen Drogen, was es anschließend schwierig macht festzustellen, welche die tödliche war.

Opioid-Krise?

Eine Opioid-Krise wie in den USA durch synthetische Opiate wie Fentanyl sehen die Experten unisono nicht. Dort starben zuletzt 107 000 Menschen in einem Jahr an Drogen. «Natürlich wäre eine Fentanyl-Welle hochgefährlich. Ein massenhaftes Phänomen scheint das aber nicht zu sein. Vor zwei, drei Jahren haben wir Urinproben in ein Spezial-Labor gegeben», sagt Scherbaum. Herausgekommen ist eine sehr geringe Zahl von Fentanyl-Nachweisen, die der Selbstauskunft der Abhängigen ungefähr entsprach.

Ob sich daran etwas geändert hat, untersuchen Forscher seit Dezember erneut. «So was wie in den USA wird es bei und nicht geben. Dazu sind die Ärzte viel zu alarmiert», ist sich Suchtforscher Stöver sicher.



Corona-Pandemie

Geschlossene Anlaufstellen, Hilfsangebote auf Sparflamme: Dass die Corona-Pandemie für die Süchtigen ein großes Problem war, bestätigen alle Experten. Die Isolation dürfte in vielen Fällen rasche Hilfe verhindert haben. Auch die Suizide unter den Süchtigen verdoppelten sich während der Pandemie. «Die Einsamkeit war ein Problem und das Virus selbst für die gesundheitlich geschwächten Süchtigen natürlich auch», sagt Caritas-Suchtxpertin Angelika Schels-Bernhards. «Skandalös war, dass die Kontaktläden der Süchtigen als gastronomische Einrichtungen eingestuft und geschlossen wurden. Man hat die Leute buchstäblich auf der Straße stehen lassen.» Waren andere Bundesländer liberaler?

Dr. Ivo Milanov

Facharzt für Augenheilkunde

Laser · Kontaktlinsen · Elektrophysiologie
Gefäßanalyse · Ultraschall · HRT · OCT · Bilddokumentation

Carlsplatz 5 · 40213 Düsseldorf
Telefon: 32 89 78 · Fax: 32 98 28
e-mail: info@augenarzt-milanov.de

Sprechstunde nach Vereinbarung
Mo, Di, Do: 9-12 · 15-17.30 Uhr
Mi, Fr: 9-13 Uhr



Crack und Freebase

In den Drogenkonsumräumen in Nordrhein-Westfalen wird mehr Crack geraucht, berichtet Dorothee Mücken von der Suchtkooperation NRW. Crack und seine Variante Freebase seien «in der Breite angekommen und nicht mehr nur auf einzelne Szenen beschränkt», sagt auch Markus Lahrmann von der Caritas NRW. Der Anstieg um 25 Todesfälle in diesem Bereich ist mit 132 Prozent in einem Jahr zwar enorm, macht andererseits für 2021 nicht einmal ein Zehntel des gesamten Anstiegs aus.

Anstieg in allen Bereichen

Das Lagebild des Landeskriminalamts NRW weist einen Anstieg der Drogentoten für 2021 in allen Bereichen aus. Zwischen 51 Prozent bei den unbekannteren Vergiftungen und 400 Prozent bei den Unfällen im Zusammenhang mit illegalen Drogen variieren die Steigerungsraten. Bei den Opiaten und Opioiden liegt der Anstieg bei über 200 Prozent.

Abhilfe

Nach wie vor stirbt ein Großteil der Süchtigen an Opiaten wie Heroin oder synthetischen Opioiden. Positive Wirkung versprechen sich die Experten von der häufigeren Verwendung eines Nasensprays mit Naloxan, dass die Atemlähmung bei einer Überdosis sehr schnell auflöst. Weil man die Abhängigen damit zugleich abrupt in die Realität zurückholt, dürfe man bei der Anwendung aber nicht mit Dankbarkeit rechnen, berichtet Stöver: «Die Leute sind eher verärgert. Man hat ihr Leben gerettet, aber ihnen den Schuss versaut.» Auszug aus dem Lagebericht Rauschgiftkriminalität 2021 des Landes Nordrhein-Westfalen, Herausgeber: Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf:

Fazit

Im 10-Jahres-Vergleich zeigen die Rauschgiftkriminalität und die Zahl der Rauschgifttoten eine steigende Tendenz. Die Verfügbarkeit von Rauschgift nimmt zu. Der illegale Internethandel boomt; nahezu alle Arten von Betäubungsmitteln werden zum weltweiten Versand angeboten. Diese Entwicklung wurde durch die Beschränkungen im Kontext der Covid-19-Pandemie mutmaßlich weiter vorangetrieben.

Im Jahr 2021 stiegen die Fallzahlen der Rauschgiftkriminalität um 9,9 %, wobei die Aufklärungsquote leicht von 90,5 % auf 89,9 % gesunken ist. Ein deutlicher Anstieg der Fallzahlen zum Vorjahr ist einerseits in den Deliktsbereichen des unerlaubten Handels mit und Schmuggels von Betäubungsmitteln mit einer Steigerung von 24,7 % sowie bei sonstigen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz mit einer Steigerung von 15,4 % festzustellen. Dies kann zu einem Teil mit den immer mehr gelockerten Covid-19-Pandemiebeschränkungen erklärt werden. Dadurch nehmen die Kontrollen und Tatmöglichkeiten und damit die Anzahl der festgestellten Verstöße zu.

Die erneut deutliche Zunahme der Todesfälle aufgrund von Langzeitkonsum (+184) belegt die über viele Jahre vorhandene Möglichkeit des anhaltenden Betäubungsmittelkonsums und damit die andauernde Verfügbarkeit von illegalen Rauschgiften in NRW.

Der Anteil der Rauschgifttodesfälle von Langzeitkonsumenten sinkt von 76 % des Vorjahres auf 70,5 %. Der Anteil von akuten Intoxikationen steigt um 5,6 %. Ob dies auf eine unbeabsichtigte Überdosierung der Droge oder auf eine zunehmende Risikobereitschaft der Konsumentinnen und Konsumenten zurückzuführen ist, kann nicht abschließend festgestellt werden.

Auffällig ist der Anstieg von Rauschgifttodesfällen durch konsumbedingte Fehlleistungen um 400 % von 4 auf 20 Fälle.

Ein deutlicher Anstieg konnte bei der Sicherstellung von Cannabisprofiplantagen (+ 146 %) und -pflanzen (+ 61,9 %) festgestellt werden. Hierzu hat die Auswertung entschlüsselter Krypto Kommunikation entscheidend beigetragen. Der für die künstliche Plantagenbeleuchtung notwendige elektrische Strom wird fast immer illegal aus den Stromnetzen entzogen. Ein gravierender volkswirtschaftlicher Schaden ist die Folge.

Transporte von Grundstoffen für die illegale Drogenproduktion und illegale Produktionsstätten zur Herstellung von synthetischen Rauschgiften werden nach wie vor größtenteils nur durch Zufall entdeckt. Die Größe der Produktionsstätten, sowie die Sicherstellungsmengen der dort aufgefundenen Grundstoffe/Chemikalien deuten auf ein erhebliches Dunkelfeld in diesem Deliktsbereich hin. Beispielhaft hätte die Menge des sichergestellten Amphetaminöls einer sichergestellten illegalen Produktionsstätte zur Herstellung von 422 kg konsumfähigen Amphetamin gereicht, was die Gesamtsicherstellungsmenge von Amphetamin in NRW 2021 von 340 kg um ca. 27,9 % übertroffen hätte.

Auch große Sicherstellungen von Drogen haben keine oder kaum feststellbare Auswirkungen auf den Marktpreis. Insofern ist von einer hohen Marktverfügbarkeit von Drogen auszugehen.“

Wenn der Toaster süßlich dünstet: Wie der Zoll Drogenpakete findet

Jonas-Erik Schmidt, dpa

Wer Drogen in ein Land bringen will, nutzt dafür nicht unbedingt verschlungene Trampelpfade oder geheime Meeresrouten. Vieles kommt einfach auf dem Postweg. Der Zoll steht vor einer Flut aus Paketen - und muss die richtigen aus dem Verkehr ziehen. Ein Besuch.

Es ist tiefe Nacht, als der Zollbeamte Jens Ahland ein Paket in der Hand hält, in dem sich angeblich Wanddekoration befindet. Auf der Verpackung ist ein schwarzes, seltsam knubbeliges Kreuz zu sehen, auf dem in kitschiger Schrift «Love» gepinselt steht. Man könnte argumentieren, dass die erschütternde Geschmacklosigkeit des Gebindes bereits ahnungsfähig sein könnte. Aber Ahland, ein baumhoher Mann mit korrekt sitzendem Kurzarmhemd, hat eine andere Vermutung. «Haschischpaste», stellt er fest. «Fragen sie mich jetzt nicht, wie das konsumiert wird.»

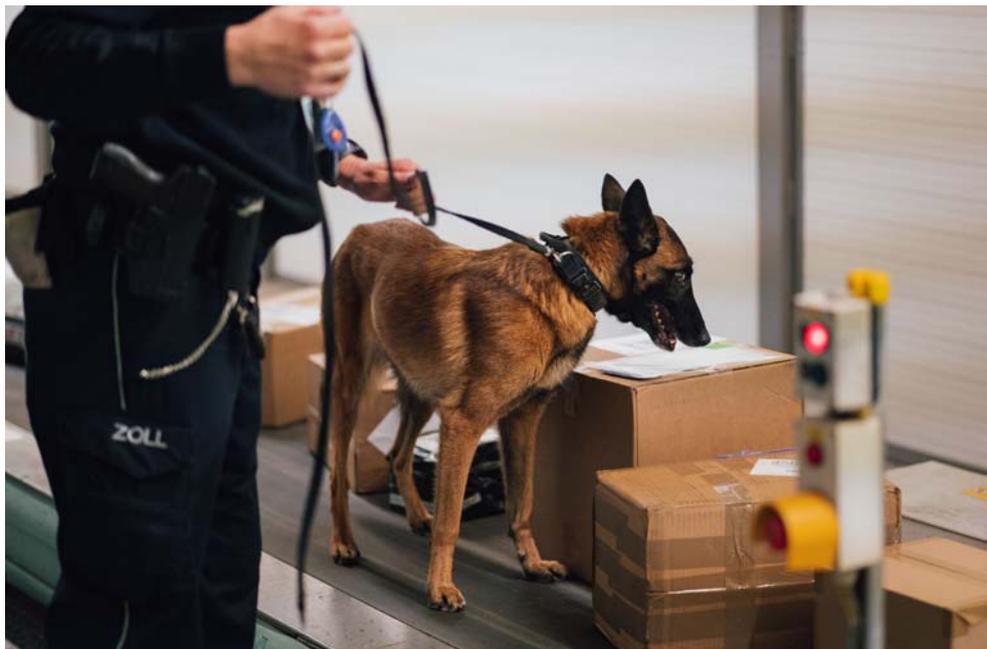
Ahland steht in einer Logistik-Halle am Flughafen Köln/Bonn, es rumpelt und dröhnt. Auf unzähligen Bändern rattern Pakete vorbei, die auf dem Weg zu ihren Empfängern in Deutschland und in anderen Ländern sind. Der Airport im Kölner Südosten gilt als wichtiger Umschlagplatz. Nach Angaben des Zolls kommen pro Nacht bis zu 500 000 Pakete an, um weiterverteilt zu werden.

Da nicht jedes Paket mit redlichen Absichten auf die Reise geschickt wurde, stehen die Zollbeamten vor einer gewaltigen Aufgabe. Ihr Job ist es nämlich, jene Sendungen herauszufiltern, in denen illegale Waren unterwegs sind. Also zum Beispiel Drogen. In dieser Nacht lassen sie Einblicke zu, wie sie dabei vorgehen. Der Spielaufbau: Kleine und große Kriminelle verstecken mal geschickt, mal recht plump Rauschgifte in Paketen. Und der Zoll versucht, sie zu finden.

Die Kiste mit der Dekoration etwa fiel beim Röntgen auf. Seltsame Strukturen waren zu erkennen, die gar nicht so aussahen, als könnte man sich damit eine Wand verschönern. Also wird das Paket ziemlich humorlos aufgeschnitten und begutachtet. In mehreren Lagen eingewickelt kommt gelbliches Gel zum Vorschein. «Soll wohl eine erheblich stärkere Wirkung haben als Marihuana», weiß Ahland.

Klar ist zugleich, dass der Zoll wegen der immensen Menge nicht alle Pakete kontrollieren kann. Eine Vorauswahl ist nötig. Man könnte auch sagen: ein Filter, der eine hohe Trefferquote verspricht. Der Zoll nennt das «Risikoanalyse». Ist ein Absender schon bekannt? Ist die Route verdächtig? Oder die Warenbeschreibung? Ahland, auch Zoll-Pressesprecher, skizziert den Prozess recht plastisch. «20 Kilo Teddybär aus Kolumbien? Nach Schweden? Über Köln/Bonn?», sagt er. «Ich würde da einen Haken dran setzen und mir das mal angucken.»

Angucken, das bedeutet für den Zoll auch anschnüffeln. Speziell ausgebildete Hunde helfen den Beamten, Drogenverstecke in den oft unscheinbar wirkenden Paketen zu finden. Schäferhündin Abby etwa ist darauf trainiert. Trittsicher scharwenzelt sie über ein Band, auf dem eine Auswahl an Paketen aufgereiht wurde. An jeder Verpackung reibt die Hündin ihre Schnauze - aber nur bei einer bleibt sie plötzlich wie angewurzelt stehen. Abby «friert ein», wie man es hier nennt. Das bedeutet: Sie glaubt, etwas entdeckt zu haben. Ahland zieht im Stile eines Chirurgen flugs blaue Einmalhandschuhe über und zückt ein Messer. Das Erste, was man sieht, ist allerdings: Bauschaum. Bauschaum? Tja, weiß man nicht. Fakt ist aber, dass manche Absender





ahnen, dass ihre Sendung verdächtige Gerüche absondern könnte - also versuchen sie, die Hundenasen zu verwirren. «Wir haben sehr oft, dass in Zwischenräumen mit Gewürzmischungen gearbeitet wird. Mit Kaffeepulver. Oder mit Toilettensteinen», sagt Ahland. «Funktioniert alles nicht.» Und tatsächlich: Unter dem Bauschaum befinden sich mehrere eingeschweißte Pakete. «Marihuana», protokolliert Ahland. Er schätzt: zwei Kilo. Straßenverkaufswert: knapp 20 000 Euro. Nach dem Anschnitt verbreitet sich in der warmen, von künstlichem Licht erhellten Halle sofort ein süßlicher Geruch. «Wenn die Tüte offen wäre, bräuchten wir unsere Spürhunde nicht. Das riecht jeder», sagt Ahland. «Aber das Schwierige ist, wenn die Tüte noch zu ist.» Mit kräftigen Gerüchen abzulenken, das ist die eine Strategie. Die andere ist die Verpackung. Ecstasy-Pillen in Christbaumkugeln, Kaffeemaschinen mit Amphetamin im Boden - hat es alles schon gegeben. An diesem Abend fällt ein Toaster auf. Er ist komplett entkernt, aber gefüllt mit Marihuana. Die «organischen Stoffe» an Stellen, an denen bei einem Toaster eigentlich nur Drähte und Kunststoff sind, werden beim Röntgen entdeckt. «Wie man sieht, war das der richtige Riecher», sagt Ahland zufrieden. «Apropos Riecher. Wir machen das mal zu.» Erneut verbreitet sich süßlicher Marihuana-Geruch in der Halle.

Überhaupt sollte man für den Zoll-Job ganz offensichtlich kein überempfindliches Näschen haben. Ahland und seine Kollegen gehen meist ganz nah ran, um sich einen Eindruck zu verschaffen. Mehrmals hängen sie an diesem Abend mit dem Gesicht über Katzenfutter, über stark riechenden Cremes, über seltsam anmutenden Duftkerzen. Manches stellt sich dabei auch schnell als unverfänglich heraus. Ein armer Mensch etwa hat offensichtlich ein Paket mit niederländischen Köstlichkeiten verschicken wollen. Dass nun Zollbeamte seinen Fertig-Pfannkuchen-Mix derart eingehend untersuchen, dürfte er kaum geahnt haben.

Das gilt vermutlich auch für den Absender eines Pakets, dessen Inhalt irgendwann in dieser Nacht auf dem Röntgenschirm auftaucht. Zu sehen ist ein Tentakel mit Saugnäpfen. «Ist das ein Oktopus?», fragt der Reporter. Der erfahrene Zollbeamte, der am Gerät steht, kann allerdings schnell Entwarnung geben. Kein Tier habe leiden müssen. «Das ist ein Sexspielzeug», sagt er in aller Nüchternheit. «Das kann man sich in den Po stecken.» Nur Kunststoff. Das Paket darf also weiterreisen.



Gastroenterologie Kardiologie

Fachärzte für Innere Medizin |
Kardiologie

Privatpraxis Nordanlage 21
35390 Gießen
Fon 06 41 - 94 46 46 - 4

info@dr-pohl.de
www.dr-pohl.de
info@praxis-waas.de
www.praxis-waas.de



Dr. Mathias Pohl
Dr. Wolfgang Waas



Medizinische Empfehlungen in Berlin

BERLIN-MITTE S-BHF FRIEDRICHSTRASSE

DocOrtho MVZ GmbH - Die Bewegungsprofis

ORTHOPÄDIE & UNFALLCHIRURGIE & HANDCHIRURGIE

Komplettes konservatives & operatives Spektrum
Arbeits- und Wegunfälle

Friedrichstraße 94, 10117 Berlin
Tel. 030 - 22002180 - info@docortho.de - www.docortho.de



DocOrtho
Die Bewegungsprofis

Sportmedizin, Sonographie, Röntgen
Knorpelschutz-, Stoßwellentherapie
Handchirurgie, Fußchirurgie, Kniechirurgie
ambulante und stationäre Operationen



Augentagesklinik
AM SCHLOSS CHARLOTTENBURG

Dr. Matthias Scherer

Ambulante Augenoperationen

Kaiser-Friedrich-Straße 11 • 10585 Berlin
Tel.: 030 34 18 561 • Fax: 030 38 37 79 73

info@augentagesklinik-charlottenburg.de
www.augentagesklinik-charlottenburg.de

Radiologe am Kurfürstendamm 37

PD Dr. R. Röttgen • Dr. L.M. Winter • Dr. L.A. Rödiger* • Dr. H. Kroll
Dr. A. Sparenberg • Dr. M. Dietzel • B. Cremer

Fachärzte für Radiologie* und Neuroradiologie

- MRT - Magnetresonanztomographie
- CT - Computertomographie
- Röntgen
- Mammographie
- Ultraschall
- Nuklearmedizin



Kurfürstendamm 37
10719 Berlin (Charlottenburg)

Termine und andere Anfragen:
889 20 50

Termine MRT/CT Privatpatienten:
889 20 521

Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 8 - 18:00 Uhr
nach Vereinbarung



Hautärzte / Allergologen

HAUTARZTZENTRUM TEGEL

Dr. med. Martin Miehe
PD Dr. med. Ulrike Serfling
Dr. med. Sören Baeblich

Hautarztzentrum Tegel
Gorkistraße 3 - 13507 Berlin-Tegel
Tel 030 / 434 50 25
Fax 030 / 434 89 35

Mo | Di | Do 8.30 - 13 Uhr / 15 - 19 Uhr
Mi | Fr 8.30 - 13 Uhr Sa 10 - 13 Uhr

Privatpraxis | im Facharztzentrum Fazit
Schloßstraße 5 - 13507 Berlin-Tegel
Tel 030 / 319 840 190
Fax 030 / 319 840 1911

Mo | Di | Do 9.30 - 13 Uhr / 15 - 19 Uhr
Mi | Fr 9.30 - 13 Uhr / 15 - 18 Uhr

www.hautarztzentrum-tegel.de | praxis@derma-berlin.de

Dr. med. Matthias Urban



FACHARZT FÜR LUNGEN- UND BRONCHIALHEILKUNDE
ALLERGOLOGIE UND PNEUMOLOGISCH-ONKOLOGISCHE
SCHWERPUNKTPRAXIS

Sprechzeiten:

Mo. 11-18 Uhr	Joachim-Friedrich-Straße 45
Di. 9-14 Uhr	10711 Berlin
Mi. 9-11 Uhr (nur nach Vereinbarung)	Tel. 030 - 8 92 92 56
Do. 11-18 Uhr	Fax 030 - 6 17 46 761
Fr. 9-13 Uhr	

www.lungenarztpraxis-dr-urban.de | www.berlin-lungenarzt.de

Unser Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen zu zeigen:
Was macht dich fit und was fördert dich im Leben?
Gemeinsam können wir viel verändern.
www.kmdd.de



Unterstützen Sie unsere Aktion „Sport gegen Gewalt und Drogen“ im Behördenmagazin – Fachzeitschrift für Polizeibeamte und den öffentlichen Dienst. Helfen Sie mit, Kinder und Jugendliche gegen Alkohol und Drogen stark zu machen!
Vielen Dank!

Geständnis beim Grillfest? - Später Mordprozess um Brand in Asylheim

Jens Albes, dpa

Mehr als 30 Jahre ist der tödliche Brandanschlag auf Ausländer im Saarland her. Erst die Anzeige einer Zeugin 2019 führt zu dem Mordprozess. Mit ihrer Aussage belastet sie den Angeklagten schwer. Bei einem Grillfest soll er die extremistische Tat gestanden haben.

- Die Hauptzeugin sagt mit fester Stimme aus, der Angeklagte fixiert sie mit seinem Blick. Die Zeugin belastet ihn im Prozess um einen tödlichen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim 1991 in Saarlouis schwer. Der 51-Jährige habe ihr 2007 bei einem Grillfest mit Blick auf diese Straftat gesagt: «Das war ich und sie haben mich nie erwischt.» Der Angeklagte mit dem Spitznamen «Schlappi» sei «definitiv» nicht betrunken gewesen, ergänzt die gleichaltrige Zeugin am Dienstag, dem 31.01.2023, vor dem Oberlandesgericht (OLG) Koblenz. Sie selbst habe bei dem Fest gar keinen Alkohol getrunken. Sie habe seinerzeit noch nicht gewusst, dass es bei dem Anschlag 1991 auch ein Todesopfer gegeben habe. Erst 2019 habe sie im Internet gelesen, «dass da jemand verbrannt ist» - Samuel Yeboah, ein 27-jähriger Asylbewerber aus Ghana. Daraufhin habe sie Anzeige erstattet - wengleich ihre Eltern ihr aus Angst vor Anfeindungen davon abgeraten hätten. Der Vorsitzende Richter Konrad Leitges sagt: «Wenn Sie es nicht gemacht hätten, dann säßen wir heute nicht hier.»

Die Zeugin mit mittellangen braunen Haaren, eine Heilerziehungspflegerin, wird über etliche Stunden und detailliert vom Staatsschutzsenat befragt. Die Verteidigung beanstandet zweimal vermeintliche Widersprüche der 51-Jährigen - die Richter weisen beide Anträge als unbegründet zurück. Ein Anwalt eines einst überlebenden Bewohners des Asylheims, der als Nebenkläger auftritt, hat der Verteidigung zuvor «Einschüchterung» der Zeugin vorgehalten. Ihrer Aussage kommt besonderes Gewicht zu, da es unter anderem keine Fingerabdrücke und DNA-Spuren in dem Verfahren gibt.

Der dunkel gekleidete Angeklagte, der in Handschellen in den Gerichtssaal gekommen ist, weist die Tatvorwürfe am Dienstag erneut zurück. Bei dem Grillfest habe ein anderer Gast ihm gesagt, er wisse doch, wer 1991 den Brandanschlag gemacht habe, dann könne er sich auch die einst ausgelobte Belohnung (20 000 Mark) für Täterhinweise holen. Der 51-jährige Deutsche fährt fort, er habe damals gesagt: «Ich war's net.» Dieses in saarländischer Mundart gesprochene «net» habe die Zeugin vielleicht überhört. Er habe ihr nichts gestanden.

Als Leitges den Angeklagten aus einer früheren Vernehmung zitiert, wonach die Zeugin sein Leben zerstört habe, bekräftigt der 51-Jährige dies: «natürlich!» Auf die Frage des Vorsitzenden Richters, ob die Frau «dick, dünn, hässlich, ansehnlich» gewesen sei, antwortet der Angeklagte, er würde sie nicht mehr wiedererkennen, er habe sie nur zweimal in seinem Leben gesehen. Schon vor dem Grillfest 2007 habe er sich von der rechtsextremen Szene zurückgezogen.

Die Zeugin hat ihn nach eigenen Worten als «unscheinbar» ohne aggressives Auftreten und ohne extremistische Äußerungen in Erinnerung. Es sei ihr zunächst abwegig erschienen, warum er einer ihm fremden Frau ein echtes Geständnis machen sollte. Vielleicht habe er gedacht, «er kann bei mir was reißen» - sie wisse es nicht.



Der Vater steht seit November 2022 wegen Mordes in einem Fall sowie versuchten Mordes in 20 Fällen vor dem OLG Koblenz. Bei dem nächtlichen Brandanschlag vor mehr als 30 Jahren brachen sich auch zwei Hausbewohner Knochen beim Sprung aus einem Fenster. 18 weitere Bewohner konnten sich damals unverletzt ins Freie retten. Die Bundesanwaltschaft wirft dem Angeklagten vor, das Feuer aus rassistischer Gesinnung gelegt zu haben. Laut seinem Verteidiger gibt es Anhaltspunkte, die auf andere Menschen als Täter hindeuteten.

Die ursprünglichen Ermittlungen hatte die saarländische Polizei schon vor rund 30 Jahren eingestellt - und sich später für Defizite ihrer Arbeit entschuldigt. 2020 nahm die Bundesanwaltschaft den Fall nach der späten Aussage der Hauptzeugin neu unter die Lupe. Erst dies führte zur Anklage - Mord verjährt nicht.



Kieferchirurgie
Bremen

Ihre Fachärzte für Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie

**Henning Elsholz
& Ärzteteam**

Kieferchirurgische Behandlungen
Implantologie
Gesichtschirurgie

Faulenstraße 54 | 28195 Bremen
0421 / 38 22 12
www.kieferchirurgie-bremen.eu

Das mulmige Gefühl: Frauen fühlen sich an vielen Orten unsicher

Martina Herzog, dpa

Statistiken über Kriminalität gibt es regelmäßig. Die zeigen aber nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit, nämlich jene Taten, von denen die Polizei erfährt. Den Rest beleuchtet eine umfassende neue Befragung.



- Deutschland ist ein sicheres Land - aber das empfindet längst nicht jeder überall so. Insbesondere im öffentlichen Nahverkehr fühlen sich viele nachts unwohl, Frauen ganz besonders. Das geht aus dem Bericht «Sicherheit und Kriminalität in Deutschland» hervor, den der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Holger Münch, und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Dienstag, dem 08.11.2022, in Berlin vorstellten. Die Befragung mit mehr als 45 000 Teilnehmern ist laut BKA die größte, die es in Deutschland je zu Erfahrungen mit Kriminalität gegeben hat.

Angst-Orte: «Die Ergebnisse zeigen, dass Einschränkungen der Bewegungsfreiheit ein fester Bestandteil des Alltagslebens vieler Frauen sind», stellte Münch fest. Mehr als jede Zweite gab an, «häufig» oder «sehr oft» bestimmte Straßen, Parks oder Plätze zu meiden, Fremden nach Möglichkeit auszuweichen oder nachts den ÖPNV zu meiden. Männer tun dies deutlich seltener. Faeser erklärte: «Dass sich viele Frauen nachts nicht frei bewegen, dass sie sich einschränken, weil sie sich bedroht fühlen, können wir so nicht hinnehmen.» Es brauche eine stärkere Präsenz von Personal etwa in Verkehrsmitteln, aber auch eine höhere Polizeipräsenz und Videoüberwachung an bestimmten Orten.

Zuhause fühlen sich die allermeisten Befragten sicher, ob Mann oder Frau. Selbst wenn sie dort nachts allein sind, fühlen sich dort mehr als 90 Prozent der Befragten «sehr sicher» oder «eher sicher». Auch die eigene Wohngegend empfinden viele (72 Prozent) selbst ohne Begleitung nachts als sicher. Ganz anders sieht das aber in Bus und Bahn aus: Weniger als jeder Zweite (46,3 Prozent) fühlt sich nachts ohne Begleitung im öffentlichen Personennahverkehr «sehr sicher» oder «eher sicher».

Bei Frauen ist das Unbehagen besonders stark ausgeprägt: Nur ein Drittel fühlt sich nachts im ÖPNV ohne Begleitung sicher, gegenüber 59,9 Prozent der Männer. Generell fühlen sich Frauen auch in der eigenen Wohnung und Wohngegend unsicherer als Männer, sowohl tagsüber als auch nachts, auch wenn der Unterschied zwischen den Geschlechtern hier weniger groß ist als im öffentlichen Nahverkehr.

Männer häufiger Opfer: Männer werden häufiger Opfer von Straftaten als Frauen. Mehr als doppelt so viele Männer (2,8 Prozent) haben eine Körperverletzung erlitten als Frauen (1,3 Prozent). Ihnen wird auch eher Gewalt angedroht. Frauen leiden allerdings erheblich öfter unter Sexual- und Part-



© Robert Kneschke

nerschaftsgewalt: 6 Prozent der weiblichen Befragten haben das im vergangenen Jahr erlebt, aber nur 1,1 Prozent der männlichen. Dazu gehört das Zeigen von Geschlechtsteilen und körperliche sexuelle Belästigung.

Risiko Internetkriminalität: Das Delikt, dem die meisten Menschen in Deutschland zum Opfer fallen, ist die Cyberkriminalität. «Cybercrime ist eine der größten Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden», sagte Münch. 13,5 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Untersuchung haben damit in zwölf Monaten vor der Befragung Erfahrungen gemacht, gefolgt von Betrug und Diebstahl mit jeweils 12 Prozent. Sachbeschädigung haben 9,3 Prozent erlebt. Wohnungseinbrüche sind vergleichsweise selten: Davon waren 4,3 Prozent betroffen. Mehr als jeder Vierte verzichtet aus Sicherheitsgründen auf die Abwicklung von Geldgeschäften über das Internet.

Gewalterfahrungen: Raubüberfälle oder Täter, die mit gezogener Waffe auf ihr Opfer losgehen, sind selten. Die meisten Menschen, die in Deutschland Gewalt erfahren, erleben verbale Gewalt im Internet - das haben 4,6 Prozent der Befragten im Jahr vor der Befragung mindestens einmal mitgemacht. Die meisten Opfer trifft es aber wiederholt, und zwar im Schnitt zwölfmal.

Angst vor Kriminalität: Am meisten sorgen sich die Menschen in Deutschland vor Betrug im Internet - das fürchten immerhin 40 Prozent. Vor Wohnungseinbrüchen fürchtet sich mehr als jeder Vierte. Die Furcht, wegen Vorurteilen Opfer von Straftaten zu werden, plagt nur wenige Menschen in Deutschland ohne Migrationshintergrund, nämlich 9,7 Prozent. Ganz anders sieht es aber bei Befragten mit familiären Wurzeln im Ausland aus: So fürchten dies 18,3 Prozent der Befragten mit polnischem und sogar 49,1 Prozent der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund.

Zufriedenheit mit der Polizei: Mit der Arbeit der Polizei zeigten sich die meisten Befragten sehr zufrieden. Mehr als 90 Prozent meinen, die

Beamten behandelten Menschen im Allgemeinen mit Respekt. Mehr als 80 Prozent denken, die Polizei setze Gewalt nur ein, wenn es in einer Situation gerechtfertigt sei. Auch die Arbeit der Polizei betrachten viele als erfolgreich, wenn auch mit besseren Werten bei der Bekämpfung von Straftaten als bei der Vorbeugung. Allerdings halten fast 80 Prozent der Befragten die Polizei für überlastet, nur vergleichsweise wenige Befragte (60,8 Prozent) meinen, die Beamten seien ausreichend häufig im öffentlichen Raum zu sehen.

Befragte mit Migrationshintergrund blicken zudem deutlich skeptischer auf die Polizei. Insbesondere türkischstämmige Menschen empfinden Polizistinnen und Polizisten häufiger als rücksichtslos und meinen, es fehle bei den Beamten an Mitgefühl. Faeser sagte, es brauche mehr Diversität innerhalb der Polizei und stärkere Schwerpunkte in der Ausbildung etwa gegen rassistische Vorurteile. Allerdings warnen die Autoren, dass diese Ergebnisse auch von anderen Faktoren beeinflusst sein können, etwa einer je nach Bevölkerungsgruppe unterschiedlichen Alters- und Geschlechtszusammensetzung.

Anzeige oder nicht: Bestimmte Taten werden viel häufiger zur Anzeige gebracht als andere. So gehen nach einem Autodiebstahl oder einem vollendeten Wohnungseinbruch ungefähr 90 Prozent der Betroffenen zur Polizei. Opfer von Cyberkriminalität oder Sexualstraftaten tun dies hingegen sehr selten - hier erstatten nur 18 beziehungsweise 1 Prozent Anzeige.

Corona-Pandemie: Die Befragung fiel in die Zeit der Corona-Pandemie in Deutschland. Die Autoren des Berichts gehen deshalb davon aus, dass die Pandemie sich auf die Eindrücke der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgewirkt hat - da Vergleichsdaten für die Zeit davor fehlen, könnten sie aber nicht genau sagen, wie. Die nächste Befragung soll laut Münch 2024 starten, danach soll es dann alle zwei Jahre eine Neuauflage geben.



DR. MAHN & Kollegen

Moderne Orthopädie und Unfallchirurgie

Dr. med. Holger Mahn

Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie · D-Arzt
Sportmedizin · Notfallmedizin · Chirotherapie · Röntgendiagnostik Skelett
Ambulante Operationen · Moderne Arthrosetherapie (ACP, etc.)
Stoßwellen-Therapie · SpineMED-Dekompressionstherapie (neue
Behandlungsmethode aus den USA zur Vermeidung von Operationen
bei Rückenleiden) · Offenes MRT (Kernspintomographie)

Niddaplatz 1 · 61118 Bad Vilbel
Parkgarage im Haus

Fon: 0 61 01 - 49 99 990

Fax: 0 61 01 - 49 99 991

E-Mail: info@dr-mahn.de

Internet: www.dr-mahn.de



Experten fordern Anpassung der Promillegrenze für E-Scooter-Fahrer

Maurice Arndt, dpa

Sind die Strafen für alkoholisiertes Fahren mit E-Scootern zu hoch? Einige Experten schätzen das so ein. Beim Verkehrsgerichtstag in Goslar wollen sie sich von Mittwoch an darüber austauschen.



Fachleute und Verbände haben eine Anpassung der Promillegrenze für E-Scooter-Fahrer gefordert. Bisher orientiert sich der Wert an dem für Autos. Einige Experten fänden eine Anlehnung an den weniger strengen Grenzwert für Fahrräder passender. Von Mittwoch, dem 25. Januar 2023, an wird das Thema beim Verkehrsgerichtstag in Goslar besprochen.

E-Scooter würden höchstens 20 Kilometer pro Stunde schnell fahren. Damit seien sie dem Fahrrad näher als einem Auto, teilte der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC) mit. Auch gesetzlich seien E-Scooter dem Zweirad näher: «So existieren weder Helmpflicht noch eine Fahrerlaubnispflicht.» Es stelle sich daher die Frage, warum bei der Promillegrenze eine Unterscheidung gemacht werde. Der ADAC regt eine Klarstellung durch den Gesetzgeber an. Künftig solle bei der rechtlichen Bewertung besser zwischen führerscheinpflichtigen und führerscheinfreien Fahrzeugen unterschieden werden - statt zwischen Kraftfahrzeugen und anderen Fahrzeugen.

Bisher ist das Fahren von Fahrrad oder E-Bike unter Alkoholeinfluss bis 1,6 Promille straffrei, solange der Fahrer oder die Fahrerin keine Ausfallerscheinungen habe und es zu keinem Unfall komme, erklärte Unfallforscher Siegfried Brockmann vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). E-Scooter gelten aber als Kraftfahrzeuge und werden wie Autos behandelt. Das bedeutet: Bei einer Fahrt mit 0,5 Promille oder mehr

begeht der Fahrer eine Ordnungswidrigkeit. Eine Geldbuße von 500 Euro und ein Monat Fahrverbot sind dann möglich. Ab 1,1 Promille sind - selbst ohne Ausfallerscheinungen - auch höhere Geldstrafen und der Entzug der Fahrerlaubnis möglich. Autofahrer dürfen dann erst nach einer Medizinisch-Psychologischen Untersuchung wieder hinter das Steuer.

«Aus Sicht des ADAC sollte die Teilnahme am Straßenverkehr und der Alkoholkonsum immer strikt getrennt werden», betonte der Automobilclub. Es müsse aber berücksichtigt werden, wenn Menschen nach dem Alkoholkonsum auf das Auto verzichten und stattdessen den «weit weniger gefährlichen E-Scooter» nutzen. Das sieht auch Unfallforscher Brockmann so. Er regt an, in einer Studie zu untersuchen, ab welchem Blutalkoholwert eine absolute Fahruntüchtigkeit bei E-Scooter-Fahrern angenommen werden kann.

Über das Thema sprechen verschiedene Experten und Expertinnen vom 25. bis 27. Januar beim Verkehrsgerichtstag in Goslar. Er zählt zu den wichtigsten Treffen von Fachleuten für Verkehrssicherheit und Verkehrsrecht in Deutschland. Besonders im Fokus stehen beim diesjährigen Verkehrsgerichtstag unter anderem auch die Themen Haftung von KI-gesteuerten Autos und eine mögliche Meldepflicht für Ärzte von fahrungsunfähigen Patienten. Der Kongress endet traditionell mit Empfehlungen an den Gesetzgeber.



© Mirko Vitali

Die Zahl der Verkehrsunfälle mit E-Scootern ist in Niedersachsen zuletzt deutlich gestiegen. Im Jahr 2021 gab es in dem Bundesland 634 Unfälle mit den Elektrorollern, wie das zuständige Innenministerium Anfang Januar mitteilte. Ein Jahr zuvor lag die Zahl demnach noch bei 295. Auch die Zahl der Trunkenheitsfahrten, die zu Verkehrsunfällen führten, ist den Angaben zufolge gestiegen.

Der Automobilclub von Deutschland plädiert dafür, alkoholisierten E-Scooter-Fahrern ab einem Blutalkoholwert von 1,1 Promille die Erlaubnis zum Fahren von elektrischen Tretrollern zu entziehen, falls der oder die Betroffene keinen Autoführerschein besitzt. Darüber hinaus sollten E-Scooter-Fahrer ähnlich wie Mofa-Fahrer in einer theoretischen Prüfung Straßenverkehrskennnisse nachweisen müssen. Auch eine Helmpflicht für Fahrzeuge, die schneller als sechs Kilometer pro Stunde fahren können, sei denkbar.

Bundesweit ist die Zahl der E-Scooter-Unfälle mit Verletzten in 2021 gegenüber dem Vorjahr um 156,8 Prozent gestiegen, wie aus Zahlen hervorgeht, die der GDV veröffentlicht hat. Von 325 961 Verunglückten waren demnach 1,7 Prozent in 2021 E-Scooter-Fahrer. In knapp 90 Prozent der Unfälle, in denen eine Fahruntüchtigkeit bei dem E-Rollerfahrer festgestellt wurde, war er alkoholisiert. Daten aus der norwegischen Hauptstadt Oslo zeigten zuletzt, dass sich Unfälle mit E-Scootern meist nachts oder abends durch betrunkene Fahrer ereignen.

Aus polizeilicher Sicht sei es wichtig, dass es zu einer einheitlichen Rechtsauslegung komme. Ein Beamter der Polizei Hannover nimmt in Goslar an dem Arbeitskreis zu der E-Scooter-Thematik als Referent teil. So könne es zu einer einheitlichen polizeilichen Vorgehensweise kommen und Regeln sowie Folgen eines Regelverstößes den Fahrern transparent vermittelt werden. Das würde zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit führen.

Der Automobilclub Verkehr (ACV) wünscht sich von den Anbietern der Elektroroller mehr Bemühungen bei der Überprüfung der Fahrtauglichkeit der Fahrer. «Etwa in Form von Reaktionstests mit Hilfe einer App», teilte der ACV mit.

Auch bei sehr hohen Alkoholkonzentrationen könne man die Fahrer nicht mit denen von Pkw oder gar Lkw vergleichen, sagte Rechtsanwältin Heike Becker vom Deutschen Anwaltverein (DAV). E-Scooter-Fahrer seien eher mit denen von E-Bikes zu vergleichen. Sie fordert deshalb eine Anhebung der Promillegrenze auf 1,6. Vor allem brauche es aber eine bundeseinheitliche Regelung.



HUMANMEDICUM
CENTRUM FÜR ORTHOPÄDIE UND CHIRURGIE

Ihre Orthopäden und Chirurgen in Königstein und Oberursel im Taunus

Individuelle Beratung und
Behandlung durch
hohe Spezialisierung

Humanmedicum
im Facharzt Zentrum Königstein
Bischof-Kaller-Straße 1a · 61462 Königstein
Tel. +49 (0) 6174-9552-500
praxisklinik@humanmedicum.de
www.klinik-humanmedicum.de

Humanmedicum in Oberursel
Nassauer Strasse 10 · 61440 Oberursel
Tel. +49 (0) 6171-56690
praxis@humanmedicum.de
www.humanmedicum.de

Gemeinsam in Świecko: Ermittlungserfolge im Grenzraum zu Polen

Silke Nauschütz, dpa

Bandenkriminalität, Schmuggel, Fahrzeugdiebstahl: Die Sicherheitsbehörden an der deutsche-polnischen Grenze haben viel Arbeit. Seit 15 Jahren sitzen sie unter einem Dach.



- Ob die erbeuteten Schätze aus dem Grünen Gewölbe, «Enkeltrick» oder gestohlene Luxusautos: Das Gemeinsame Zentrum der Deutsch-Polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit im polnischen Świecko hat viel zu tun. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden an der Grenze hat eine lange Geschichte.

Das ist den Bediensteten an diesem Mittwoch, dem 18. Januar 2023, anzumerken. Auf dem Festakt zum 15-jährigen Bestehen des Gemeinsamen Zentrums klopfen sie sich freundschaftlich auf die Schultern und suchen beim Kaffee das Gespräch. Manch ein deutscher Polizist spricht Polnisch, sein Gegenüber aus Polen fließend deutsch. Die Stimmung ist gut, denn die Arbeit trägt Früchte. Der Bekanntheitsgrad wächst - nicht nur durch den Polizeiruf des rbb, für den das Zentrum in Świecko regelmäßig Kulisse bietet. «Was gestiegen ist, ist die Akzeptanz und die Nutzung des Zentrums, insofern haben wir deutlich höhere Anfragezahlen als zum Start 2007», sagt Brandenburgs Polizeipräsident Oliver Stepien. Seit 2008 ist die Zahl der Anfragen von Sicherheitsbehörden verschiedener Bundesländer an das Zen-



ENDOSKOPIEZENTRUM NEUNKIRCHEN
Gastroenterologische Gemeinschaftspraxis

Dr. med. Markus Hoffmann-Cornely
Dr. med. Claudia Strubel

Fachärzte für Innere Medizin, Gastroenterologie, Notfallmedizin

Endoskopie, Magen-/Darmspiegelung, Kapselendoskopie, Vorsorgekoloskopie,
Polypenentfernung/Mukosektomie, Ultraschall/Punktion, Hämorrhoidenbehandlung
Spezialsprechstunden: Lebererkrankungen und chronisch-entzündliche Darmerkrankungen

Boxbergweg 3, 66538 Neunkirchen
Tel. 0 68 21/ 2 22 25, Fax 0 68 21/17 82 26
info@endo-nk.de | www.endo-nk.de



Bild oben: Michael Stübgen Innenminister des Landes Brandenburg

trum in Swiecko gestiegen - laut Polizeipräsidium von 15 000 auf 25 000 im vergangenen Jahr.

37 deutsche und 18 polnische Polizei- und Zollbedienstete arbeiten derzeit im Zentrum zusammen. Herzstück ist der Lagedienst, in dem rund um die Uhr Anfragen deutscher und polnischer Sicherheitsbehörden aufgenommen und an das jeweils andere Land weitergegeben werden. Sie tauschen sich zu Einsätzen und Straftaten aus und koordinieren grenzüberschreitende Maßnahmen. Dabei arbeiten Sicherheitsbehörden im gemeinsamen Grenzgebiet von Polen, Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern unter einem Dach. Das Beispiel Swiecko macht Schule - heute gibt es im Schengen-Raum über 50 vergleichbare Dienststellen.

Auch Berlin ist Partner des Zentrums, bislang aber ohne Mitarbeiter. Künftig soll dort auch ein Vertreter der Berliner Polizei arbeiten - erst einmal in einem 24-monatigen Pilotbetrieb. Vor allem beim Kfz-Diebstahl und bei Betrugsdelikten wie dem sogenannten «Enkeltrick» sei die Zusammenarbeit eng, hieß es.

Die Arbeit des Zentrums führte laut Polizei unter anderem zu zahlreichen Ermittlungserfolgen - etwa bei einem Diebstahl von fünf Luxuswagen im November 2013. Die Fahrzeuge wurden aus den Ausstellungsräumen eines Händlers in Berlin gestohlen und hatten einen Gesamtwert von mehr als einer Million Euro. Es gab nur geringe Erfolgsaussichten, die Fahrzeuge wieder zu finden. Unter Mithilfe von Swiecko wurden drei Wagen in Polen geortet und sichergestellt, ein viertes Auto in Berlin gefunden.

Auch die Ermittlungen zum Juwelenraub im Grünen Gewölbe in Dresden hat das gemeinsame Zentrum unterstützt. Bei dem Einbruch wurden 2019 Juwelen von Kurfürst August dem Starken gestohlen, der auch König von Polen war. Es seien auch Kulturgüter weggekommen, die für die sächsisch-polnische Geschichte unersetzlich seien, berichtete Jörg Kubiessa, Landespolizeipräsident in Sachsen. «Die Komplexität einer solchen Ermittlung bringt viele Spuren, die überprüft werden müssen.» Es habe auch Hinweise aus Polen gegeben, das Zentrum habe unkompliziert an den Ermittlungen mitgearbeitet.



Bild oben: Ulf Buschmann (l r), Koordinator der deutschen Entsendebehörden, Sylwester Ksiuk, Koordinator der polnischen Entsendebehörden, und Matthias Mickei, Leiter des Bundespolizeikontingente

Dabei war der Aufbau des Zentrums in Swiecko Pionierarbeit. Es wurde 2007 mit dem Wegfall der Grenzkontrollen im Schengen-Gebiet als eine der ersten gemeinsamen Institutionen eingerichtet. Offene Grenzen bedeuteten für Polizei und Zoll auch, den Fokus auf die grenzüberschreitende Kriminalität zu richten. Der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble formulierte es bei der Eröffnung des Zentrums so: «Das vereinigte Europa braucht keine Grenzen, es braucht wirksam handelnde Dienste.»

Die Idee, dass Polizei und Zoll beider Länder gemeinsam schnell bei Diebstählen, Schmuggel, Kontrollen und Gefährdungslagen reagieren können, wurde Stück für Stück umgesetzt. Ein neuer Polizeivertrag von 2014 half, Möglichkeiten des Infoaustausches zwischen beiden Ländern zu erweitern. So muss die Verfolgung eines flüchtenden Straftäters nicht an der Staatsgrenze enden. Unter festgelegten Voraussetzungen könnte ein deutscher Funkwagen dem Flüchtigen bis an die Schengen-Außengrenze Polens folgen. Insgesamt 500 solcher sogenannten Nacheile-Maßnahmen hat es bereits gegeben - bei der längsten Verfolgung von Deutschland mit Grenzübertritt nach Polen wurde eine Strecke von über 100 Kilometer zurückgelegt.

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) sieht diese Arbeit als «unermesslichen Beitrag für den Zusammenhalt der europäischen Wertegemeinschaft» und die Freundschaft beider Nationen. Polen freue sich sehr über die Entwicklung der Zusammenarbeit, sagte der Vertreter der deutschen Botschaft in Warschau, Robert Rohde. Das Zentrum sei für die deutsch-polnisch-europäische Sicherheitsarchitektur nicht mehr wegzudenken.



Jörg Kubiessa, Landespolizeipräsident Sachsen



Dr. Matthias Bell & Kollegen

Praxis am Alten Schloß

Zahnärzte und
Fachzahnärzte für Oralchirurgie

Tätigkeitsschwerpunkte

- Implantologie (Deutsche Gesellschaft für Implantologie)
- Endodontie (Deutsche Gesellschaft für Zahnerhaltung)

Marklaubenstraße 9
35390 Gießen

Telefon 0641 38001
www.praxis-am-alten-schloss.de

Polizeiwache am Kottbusser Tor - Rettung oder Bedrohung?

Andreas Rabenstein und Jakob Milzner, dpa

Eine geplante Polizeiwache am Kottbusser Tor - im Zentrum von Berlins Alternativ-Bereich Kreuzberg - soll für mehr Sicherheit sorgen. Doch es regt sich auch Widerstand. Was sagen die Leute aus dem Kiez?



Es ist kalt und windig in Berlin-Kreuzberg, ein früher Abend im Januar 2023. Hasan hat seine Hände in den Jackentaschen versenkt, während er unter der künftigen Polizeiwache hindurch auf der Adalbertstraße Richtung Kottbusser Tor läuft. «Ich finde eine Polizeistation besser als das Wettbüro hier», meint er, «davon haben wir genug». Hasan, Anfang 30, trägt eine dunkle Winterjacke und einen gepflegten Fünftagebart. «Da vorne steht ein kleiner Junge», sagt er und nickt in Richtung eines Jugendlichen an U-Bahn. «Die kommen hier früh mit Drogen in Kontakt.» Mehr Polizei könne da durchaus helfen.

Das sieht nicht jeder so am Kottbusser Tor, einem Platz mit Hochhäusern und Altbauten und zugleich dem zentralen Umsteigebahnhof in Kreuzberg. Die U-Bahnen aus Mitte, Neukölln, Friedrichshain und Schöneberg treffen hier zusammen. Aber das «Kotti», wie inzwischen schon Polizisten und Senatorinnen sagen, ist seit Jahrzehnten auch ein Symbol. Für das alte Kreuzberg der Hausbesetzer, Demonstrationen und langen Kneipennächte. Für verfehlte Stadtpolitik der Vergangenheit und die Erneuerung der Hauptstadt mit teuren Mieten, Touristen und Partys. Und für Kriminalität und Drogenhandel. Mitte Februar 2023 öffnet nach langen Debatten am Kottbusser Tor eine kleine Polizeiwache, die «Kotti»-Wache, wie Medien das Projekt nennen. Als Standort ausgesucht wurde eine prominente Stelle: der 1. Stock eines

Hochhauses direkt über der Adalbertstraße mit ihren Imbissen und Kneipen, unmittelbar neben dem beliebten Café Kotti.

Die Polizeiwache spaltet Nachbarschaft, Geschäftswelt und Besucher. Manche hoffen auf mehr Sicherheit, und weniger Süchtige, Müll und Dreck in den Hausfluren. Besonders Frauen und Jugendliche hätten derzeit Angst, abends hinunter zu gehen, sagen Hausbewohner.

Ein anderer Teil ist gegen viel Polizei vor Ort. «Alle wollen mehr Sicherheit, aber nicht auf dem Weg», sagt eine Sozialarbeiterin, Anfang 60, zu den Plä-





nen. «Und von oben herab schon mal gar nicht.» Sie habe viel mit Nachbarn geredet, sagt sie und zeigt auf das Hochhaus, das sich monumental über der Straße erhebt. «Vor einigen Jahren stand hier regelmäßig übers Wochenende ein Polizeiwagen. Und das war ‚ne super Lösung, mit der alle gut klarkamen. Die waren immer ansprechbar.» Sie befürchtet, die Polizisten in der neuen Wache würden kaum ihre Schreibtische verlassen, um auf der Straße unterwegs zu sein. «Die nehmen da Anzeigen entgegen, wenn man hochlatscht.» Innensenatorin Iris Spranger (SPD) sagt, trotz intensiver Suche und Anwohnerbeteiligung habe man keine andere Stelle für die Wache gefunden. Spranger will die sichtbare Präsenz der Polizei in der Stadt erhöhen. Die 3,5 Millionen Euro teure Wache mit einigen Polizisten, moderner Technik und Fenstern aus Sicherheitsglas soll dafür ein Symbol sein.

Außer dem Drogenhandel am «Kotti» gibt es auch viele Diebstähle und kleinere Überfälle, Betrunkene schlagen sich, der eine oder andere Tourist wird ausgeraubt, sexuelle Übergriffe kommen vor. Es ist die übliche Alltagskriminalität an großen Umsteigebahnhöfen, sozialen Brennpunkten und in Gegenden mit vielen Kneipen. Am Kottbusser Tor kommt alles drei zusammen, die Polizei stuft die Gegend als «kriminalitätsbelasteter Ort» ein. Hier dürfen Polizisten ohne besondere Anlässe Menschen kontrollieren. Einen Raum für Drogensüchtige, Sozialarbeiter und seit kurzem auch Toiletten gibt es bereits. Initiativen fordern aber mehr soziale Maßnahmen gegen die Probleme. Tatsächlich zieht sich die Drogenszene von Friedrichshain und Neukölln über Kreuzberg bis nach Mitte - das Kottbusser Tor ist eine Drehscheibe. Dass mehr Drogenräume, WCs und Betreuung weitere Junkies und Kriminalität anziehen könnten, wird von Kreuzberger Politikern nur unter der Hand geäußert.

Gegen die Polizeiwache mobilisiert seit langem auch die linksradikale Szene, die Kreuzberg als ihr Revier sieht, obwohl die meisten Mitglieder dort längst nicht mehr wohnen. Auch im Café Kotti neben der künftigen Wache findet eine junge Kellnerin die Pläne «Scheiße». Das nehme den Leuten den «Safe Space», sagte sie - und meint wohl nicht die Familien mit Kindern in der Nachbarschaft. Ihre Lösung: Wer sich am Kottbusser Tor nicht wohl fühle, «muss ja nicht herkommen».

Ercan Yasaroglu, lange, grau-melierte Haare, und seit langem Besitzer des Café Kotti, ist in der Debatte ein gefragter Interviewpartner. Auf der Galerie

vor seinem Café im 1. Stock hatte er immer Tische und Stühle stehen, im Sommer konnte man von dort das Treiben auf der Straße beobachten. Plötzlich verlange das Bauamt nun, den Balkon als Fluchtweg freizuhalten, klagt er. Er fürchtet um seine Gäste und den Fortbestand. «Wenn die alte Polizei mit ihrem Gewaltpotenzial hier auftaucht», sagt er ganz ruhig, «ist das für das Café Kotti der Tod».

Durch eine neue Polizeiwache würden außerdem die Immobilienpreise weiter steigen, warnt Yasaroglu. «Nach einer Wache kommt Adidas, dann Nike, und dann kommt, wie heißt dieses Café...». Er meinte eine international bekannte Café-Kette, für ihn ein Symbol der Gentrifizierung. «Urbewohner wie ich verlieren dann ihre Heimat», sagt er. «Ich habe wirklich Angst, dass das Kottbusser Tor nicht mehr das Kottbusser Tor sein wird.»

Einige Meter weiter unten im Erdgeschoss, steht Zarean (32) an der Kasse im Döner-Imbiss. «Sehr, sehr gut» finde er die neue Polizeiwache. «Das funktioniert für alle gut, die nicht für Drogen hier sind», sagt er. «Wer hier wohnt, hat ja auch Kinder.»

Bald sollen die Räume der «Kotti»-Wache der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Dabei werden auch hochrangige Politikerinnen wie die Innensenatorin sein. Kurz darauf wird in Berlin am 12. Februar erneut gewählt.



DERMATOLOGIE AM KURECK

Dr. Martina Niemczyk-Richter
Fachärztin für Dermatologie

Allergologie · Lasermedizin · ästhetische Medizin

Digitale Hautkrebsvorsorge

Breite dermatologische Therapiemöglichkeiten

Ambulante Operationen · Photodynamische Therapie

Anti-Aging-Beratung & Behandlungen

Privat- & Selbstzahlerpraxis · Taunusstraße 2 · 65183 Wiesbaden
Tel. 0611-50 58 80-80 · www.dermatologie-am-kureck.de



Wir unterstützen Keine Macht den Drogen e. V.

und die Bekämpfung der Drogenkriminalität



Aalen TOP SPORT & ENTERTAINMENT GmbH • Tiger Play • Cash Town **Abenberg** Reifenhandel Eger **Abensberg** Schenken & Genießen **Achern** Weinhaus am Brunnen **Ahlen** Steinofen Ahlen **Aichach** Wittelsbacher-Apotheke **Alesheim** Erich Beckstein **Alesheim** Eckert Bau **Allersberg** Schreinerei Ehrnsperger e. K. • Lewey-Training **Allershausen** Gernot Dreher **Altenkunstadt** Motorgeräte Heinecke **Ansbach** Praxis Lechner & Jurk **Ansbach** Dr. D. Fopa • EDEKA Aktiv Markt Herter **Aschaffenburg** Contactlinsen Institut • Ralf u. Harry Dorsemagen **Asperg** Lichttechnik Udo Hein **Aub** Stadt Aub **Augsburg** Dr. Renate Weber **Bad Neustadt** Anett Rittinger **Bad Wildbad** Allianz Dietmar Genthner **Bad Windsheim** Dr. B. Schmitz **Baden-Baden** Rist, Pizzeria Paganini • Casa Capello die Friseure • MSW Wirtschaftsdienst GmbH • Dr. K. Ruffmann **Badenweiler** Maschenware Regine Klastat **Bamberg** Elektro Löbe • ARTtec GmbH • Consilium 24 GmbH • Heinrich Fischer & Söhne GmbH • Hampel Textil GmbH • Labor Drewello & Weißmann GmbH • Montagetechnik GmbH & Co. KG • Pietät Freudensprung GmbH **Bayreuth** Kanzlei R. Richter **Bechhofen** Fliesenhandel Christian Reihls **Beilngrieß** Josef Bierschneider **Berching** Sport König **Berg** Haas-Grotesk GmbH **Bergtheinfeld** G. Recknagel GmbH & Co. KG **Berlin** Zahnzentrum Neukölln • Alltours Reisecenter • Praxis Peter Jeckstat • Zahnzentrum Neukölln • Dres. P. & B. & G. Jakubek • K. Sowietzki Ing. Ges. mbH • Alte Klosterapotheke • Praxis Dr. Urban **Bietigheim-Bissingen** Gaststätte-Falken **Bochum** Rabe Gastronomie GmbH • Hurt Industries • Einhorn Apotheke **Bonn** Praxis Dr. Kutschkow • Dr. H. Raffe u. Dr. J. Seifert • Frauenheilkunde Karin Wenning **Breitsach** Nastimotors **Bremen** Nierenzentrum Bremen-Süd **Breiten** Akademischer Therapeut Udo Simianer • Schnitzel Akademie Breiten **Bruchsal** Optik Gröschner • Franz Barth GmbH • Cafe Block • Deutsches Maklerforum D. Musa **Buchberg** Prün-Bäumler Computer **Bühl** Abdo Automaten **Burglauer** Therapie für Mensch und Tier **Burgsalach** Holz-Handel Dieter Rotheneder **Burgthann** Gebr. Band GmbH **Buxheim-Tauberfeld** Tierarztpraxis Dr. Josef Horber **Coswig** Dr. L. Eckardt **Crailsheim** Dr. T. Pfänder **Darmstadt** Scoozii Darmstadt GmbH **Datteln** Ing.-Büro Dr. Bleiker GmbH **Deuerling** Allianz Vertretung R. Ilseher **Dietenhofen** Steuerkanzlei Robert Fees • Wening PC **Dietfurt** Bäckerei Huber **Dinkelsbühl** Dieter Reisser • Rae Schäfer & Schäfer • Dr. H. Keller & S. Rohe **Dittenheim** Stör Steuerungstechnik GmbH & Co. KG **Ditzingen** Zentrum für Kieferorthopädie Dres. Artmann & Langsch & Bareis **Ditzingen** EDEKA Center Matkovic • Gaststätte Spizzico Da Angelo **Donzdorf** WESTADO GmbH **Dortmund** Praxis Martin Jansen-Siemon & Dr. Herdis Scheidgen **Dresden** Maschinenbau Wächtler **Dresden** Dr. K. Niekler **Düsseldorf** Praxis Dres. Breyer, Kaymak & Klabe **Ebersbach** Spielothek **Eckental** Praxis Adrian Wolski **Ehingen** Schreinerei Fuchshuber **Eichstätt** Dres. H. & M. Rieder • Seibold & Seibold Part GmbH • Physiotherapie Schreiner **Endingen** L & M Industrietor Service GmbH **Eppingen** EDEKA Aktiv Markt Sommer Eppingen **Erding** Praxis Dr. Zwicker • Richard Lachner **Erfurt** Rest. Waldcasino **Erlangen** syscon Unternehmensberatungsges. mbH • Villasoy Hotelbetrieb u. Vermittlungs GmbH • Restaurant & Bar Chillis • Erlangen Döner • Praxis Dr. Martina-Fugger • Krankengymnastik Oppler • Deininger Grafik Design • Restaurant Persia • Dr. V. Neukam **Etlingen** Markgrafen Keller • Arcadia Verw.-GmbH • Alpha-Gastronomieservice GmbH • OPM GmbH **Feldkirchen** Erich Schnauder GmbH **Feucht** Maibach Logistik GmbH **Feuchtwangen** Orthopädie Schuhtechnik Horn **Flachlanden** Formenbau Buck GmbH **Frankenthal** DEVK Andreas Pozywio e. K. **Freiburg** Indian Curryhouse • Cosar Cafebetriebe e.K. Cafe Journal • Homemade Sweet Company • Ariana-Orient-House GmbH - Stühlinger Supermarkt • BSD Doll Heizungsbau GmbH **Friesenheim** Ehlenbröcker GmbH **Fürth** Adler Apotheke • KSDA Kunststofftechnik GmbH • Alutec GmbH • J. Lauer Nachf. GmbH & Co. KG • Physio Team Fürth GmbH • Montagebau Ingo Wild • Kreuzer Siebdruck GmbH • Bisloher Getränkeland GmbH • RA Benzinger-Kuhl & Partner • Dr. Ch. Langmann • VP von Poll Immobilien **Garching** Walter Gerber Omnibusunternehmen **Geiersthal** Gemeinde Geiersthal **Georgensgmünd** CNC Power Heinloth & Stromberger GmbH & Co. KG • MEM GmbH **Gerlingen** Zweiradhaus Maier **Gerolfingen** Motorentchnik John **Geseke** Sonnen Apotheke Geseke **Goldbach** Optik Tuchbaum GmbH **Göppingen** Griechische Spezialitäten Orakel • Hairstyling by Sternfriseur • Praxis Dr. Peszleg • Tattoo studio Cactus **Greiding** Ergotherapie Fiedler **Greven** Dirk Schwerbrock & Ingrid Kollmann **Gröbenzell** Dr. B. Sommer-Edlinger **Großebstadt** Ditterich-Börner GmbH & Co. KG **Großhaslach** Kutz KBH Bauelemente GmbH **Gundelfingen** Dr. H. Behling **Gunzenhausen** Ahorn Apotheke • Getränke Jäger • Rupp Erdbau GmbH & Co. KG • Griechisches Restaurant Akropolis • Autohaus Kapfhammer & Rudel UG • Frey Erdbau **Hallstadt** WOLF TELCOM GmbH **Hassloch** Dr. C. Brandner **Haundorf** König Bau GmbH **Heideck** Gemeinschaftspraxis Weikert GbR **Heidelberg** Destille Kunst & Kneipe • Klinik Medienverknüpfung **Heidenheim** Grillenberger GmbH • Zimmerei Beyer **Heilbronn** Wienerwald Heilbronn • Mona Hofmann • Lebensmittel Pfeffer **Heiligenstadt** Auto Dorn **Hemau** Ergotherapie Thomas van de Sand **Herrenberg** Dr. J. Betz • Wesley Consulting GmbH • Dr. Th. Scheid • Fahrschule Halanke GmbH • Alexander Harnisch • Aksa Hantat Supermarkt • Tipico Herrenberg • König Kebap Erdal Citil **Herrieden** Gipser- u. Malerbedarf Gima GmbH & Co. KG • Ing.-Büro Heller GmbH **Hiltpoltstein** FDB Drahtbiege & Stanzteile • Rest. Stadthalle • Systembau GmbH • Dr. L. Meyer • GBA Ges. f. Arbeitsmedizin GmbH **Horb am Neckar** Kinderärztin Oprea Ioana **Höfingen** Wiedemann Bau GmbH **Iffezheim** NC-TEC GmbH **Ingolstadt** Kfz Service Zai • Teppichpflege Elzer **Ispringen** Ehrmann Elektro **Karlsfeld** Praxis Dr. Ried **Karlsruhe** M & P Transportservice GbR • Ulrich Dewald • Vietnam. Spezialitäten Phö • Nahkauf Thomas Auerswald e.K. • Pizzeria Pastaria Pavarotti • Tinni Technologies GmbH • Cafe July • Ehlgötz GmbH • RA Cüneyt Köroglu • La Cage GmbH • Technologiefabrik GmbH • Falken Apotheke • Rae Wülfrath & Partner • Pizzeria Pastaria Pavarotti • Metrix Internet Design GmbH **Kehl** Die Goldbörse in Kehl **Kelheim** Andreas Schmitzer GmbH **Kelttern** Berat Feinkost • INHA GmbH • Bäder Recycling GmbH **Kippenheim** Autohaus Opolzer **Knetzgau** Zahnarztpraxis Gerhard Schmelmer & Andreas J. Teske **Königsbach/Stein** Dieter Armbruster GmbH • Body Balance Stein **Kronach** Cafe Riverside **Kürnach** Praxis Dr. Martin Voll **Lahr** Aukthun Treuhand GmbH **Landau** Modo-Mode • Times Lounge Sportsbar **Langenaltheim** Bestattungen Schöner • Schmidt Konz GmbH **Langfurth** Hertlein-Pinselmanufaktur GmbH **Langquaid** Ralf Steller GmbH **Lauf-Neunhof** Bäckerei Windisch **Lehrberg** Bogenreuther GmbH **Leimen** Tipico Sportwetten Leimen • Bistorante Pama s **Leinfelden-Echterdingen** Dres. A. Kuttruf & H. Sauter **Lengerich** Dr. G. Schroeder • Marlies Strätker-Gösling **Leonberg** endermaahs GmbH • Dr. A. Ogger **Leverkusen** Dres. Wengel-Bruns & Eiben-Bruns **Litzendorf** Brauerei & Wirtshaus Knoblach **Ludwigsburg** Sardo VINO GmbH **Ludwigshafen** KfH Nierenzentrum **Mainburg** Wohn & Küchenwerkstatt • Ferizi Garten & Natursteinbau **Mannheim** Restaurant Marly **Markt Berolzheim** Mühlbach Apotheke **Marktzeuln** Buchführungshelferbüro Limmer **Maßbach** City-Friseur **Maulbronn** BoDiRa GmbH • Stadtverwaltung Maulbronn **Meckenheim** Dres. Qagisch & Weiß & Veltte **Meinheim (VG Altmühltal)** Gemeinde Alesheim **Memmelsdorf** Wolfram Markert • Optik - Schüler **Merdingen** Jürgen Escher **Mömbriß** Nees GmbH **Mühlacker** Bauko-Tec **Mühdorf** Dr. Norbert Schön **München** Praxis Dr. Galia-Groß • Dr. S. Hoenes • Lab4more GmbH • Internist-Kardiologe Reinhard Zebhauser • Praxis Dr. Bain-Bold • Praxis Patrik Hering • Praxis Dr. Michaela Noaghiu • Werner Aumann • Steuerkanzlei Klaus Straub • Dipl.-Kfm. Michael Böllner •

UNSERE SUCHTPRÄVENTION WIRKT! SEIT ÜBER 30 JAHREN.

Mit unseren vielfältigen Projekten erreichen wir alle Zielgruppen.

UNSERE ANGEBOTE FÜR ERWACHSENE MULTIPLIKATOREN



- Multiplikatorenschulung **Maßhalten**
- **Fortbildung für Beauftragte für Suchtprävention an Schulen (FOBSS)**
- Medienkompetenztraining **Fairnetzen**
- **Klassenfahrt**

UNSERE WEBSITE & INFOMATERIALIEN



- Website **www.kmdd.de**: ausführliche Informationen zum Thema Sucht
- **Online-Shop**: kostenlose Infobroschüren

UNSERE ANGEBOTE FÜR KINDER UND JUGENDLICHE



- Freizeitangebote **Adventure Camp** und **Leadership Camp**
- Schulprojekte **Klassenfahrt**, **KMDD@school** Workshop und Suchtpräventions-**Theater Sehnsucht**

UNSERE ANGEBOTE FÜR FAMILIEN



- **Elternabende** Medien und Suchtprävention
- **Familiencamp**



Unterstützen Sie unsere Kooperation mit dem Behördenmagazin – Fachzeitschrift für Polizeibeamte und den öffentlichen Dienst!

Vielen Dank.

Wir freuen uns über Ihre Anfragen:
089 85639961 und **info@kmdd.de**

Ausführliche Informationen zu unseren Projekten finden Sie unter **www.kmdd.de**

SUCHTPRÄVENTION FÜR KINDER UND JUGENDLICHE



Wir unterstützen Keine Macht den Drogen e. V.

und die Bekämpfung der Drogenkriminalität



Dr. B. Kunz • St. Benno-Einkehr Karl Walz GmbH • Praxis Dr. Schweykart • Patentanwälte Samson & Partner • Lederer Orthopädie Technik • Kanzlei Habermann • Rae Peter Landstorfer & Marion Neusiedler • Physiotherapie Cosima Zentrum **Nagold** Praxis Dr. Kabacki **Neckarsulm** Sofra-Grillhaus • Dr. H. Erdogan • Cafe-Bistro Zelle 18 **Neu-Ulm** Praxis Dr. Moll **Neuenbürg** Rest. Zur Kleinen Brücke **Neuendettelsau** Naturheilpraxis Ute B. Walz **Neufahrn** Praxis Dr. Hassemer **Neumarkt** Taxi-Zentrale Grasenhiller GbR **Neuötting** Orthopädie Neuötting Dr. Kubr & Dr. S. Geissner **Neustadt** Möller Heizungsbau GmbH • Raumausstattung Brandl GmbH **Niefem-Öschelbronn** SWK CNC Technik GmbH **Nürnberg** Restaurant Monki-Ramen Izakaya • Griech. Restaurant Ambiente bei Emmi • Ochs Rohrleitungsbau GmbH • Köylüm Supermarkt • Dipl. Kfm. Karlheinz Brunner • Klaus Brack GmbH • Rest. Konak • M. N. O. Stühler GmbH & Co. KG • insutrend Versicherungs- & Fianz Mangament GmbH • Goj Werkzeug GmbH • Fränky- Getränkemarkt AG • Waffen Rabitsch GmbH • Blumenparadies Jonczy • Yilmaz Shop • Cafe & Cocktail Bar Exile • Cesar s Cafe • Elegance Salon • Berger Liegenschaften GmbH • GMN Müller GmbH & Co. KG • Eisenbahn Dörfler • Suvegka Jewellery & Textiles • Karakaya Dürüm • Kfz Ertarman • Schlosserei Nitsche • Berns Dental-Technik • dm-drogerie markt GmbH + Co.KG Filiale 1101 • VIP Versorgungstechnik Ingenieur- und Planungs-Gesellschaft mbH • Zentrum f. Physiotherapie • M.B.B.Ch Saman Aziz • Hammoud Nutzfahrzeuge e.K. • Optik Schneider • HS Medicur GmbH • Andreas König & Söhne GmbH • Klischeewerkstatt Scholler GmbH • Rae Rau, Schneck & Hübner • Vcam4 Medienmanufaktur • Dr. M. Wunderer • Transporte Tomas Averbuchas • Hong Kong Store • Nazar-Kebap-Haus • Gibitzenhof Apotheke • Laurentius Apotheke • Bro Team • Hering Architekt GmbH • Bechtle GmbH IT-Systemhaus Nürnberg • Rae Schnell & Kollegen GbR • Alfons Schindlbeck • Fränky Getränkemarkt Nürnberg • ISP-SCHOLZ Beratende Ingenieure AG • HDI Filiale Nürnberg • Harold E. Summa • Dentallabor Tsantoulis • Jürgen Doerner GmbH • Dr. Nopitsch, Dr. Fischer-Neuner & Partner GmbH • Fahrschule Larsen • Aral-Tankstelle Walter Wirth • Goldpunkt • Fatos Imbiss Süd • Ambulanter Pflegedienst Optimus • Sebald Gutachten GmbH • Mobile Competence Center GmbH • Urfa Dürüm GbR • Enpros Consulting GmbH • Architekturbüro Christian Schalk • STUKK-ABE Einkaufsgenossenschaft eG • Ziegler Architekten • IRMAQ GmbH • Oyak Stuck GmbH • Koz Hair • Burger Me Nürnberg • Euro-Invest-Inkasso GmbH • Taxus Steuerberatungs GmbH **Nürtingen** Maier & Jurke Uhren u. Schmuck **Oberasbach** Agip Service Station 3003 • Dr. Roland Eberhart **Offenburg** Pain-Department **Ötisheim** Annette Bethke **Pappenheim** Gasthaus Holterstein **Pförring** Heizungsbau Knöferl **Pforzheim** La Cuisinette • The Irish Pub • Schreibwaren und mehr... • Polierbetrieb Gerundt • German Power GmbH • Bossert Sanitär GmbH • Dieter Setzer • Pick Schmuckbearbeitung • Holzland Woll GmbH & Co. KG • Arlinger Restaurant • Lieferbetonwerk Pforzheim • Labor Müssle Otoplastik u. Zahntechnik GmbH • MPS Rapid Prototyping GmbH • DIATEC Diamanttechnik GmbH • Kirn Ingenieure • Fahrschule Becht • gastro*master Aldinger GmbH + Co. KG • Palm Beach GbR • Wallburg GmbH • Dr. T. Bepple **Planegg** Simon Hagl GmbH **Pleinfeld** Dres. Dolch & Kohler • Spedition Feil GmbH & Co. KG • Massagepraxis Nadine Reissinger-Oddy • Massagepraxis Nadine Reissinger-Oddy • HOT Wärme & Service **Pödeldorf** Steuerbüro G. Ray **Raitenbuch** A.R.D. GmbH **Raschau** Praxis Dres. Häußler **Rastatt** Grünes Teppiche GmbH **Rattelsdorf** Streng-Uhl Bau OHG **Rednitz-hembach** SHS Elektrotechnik GmbH • Schreinerei Seibold **Regensburg** Rae Swoboda & Partner • Prof. Dr. W. Niederer • Schneider Verwaltungsges. mbH • Dr. P. Lehmann-Wittkop • Zentrum f. Kinder- und Jugendgesundheit • Dr. F. Rothfritz-Deutsch • Ing.-Büro Wolfgang Rischer • med Kompakt GmbH • JK-T GmbH • Seitenwind GmbH • Jet Tankstelle Oliver Vöst • Rieger GmbH • Linke & Hentze GmbH & Co. KG • Daniel Zienert • Dr. Inge-Maria Schwab **Regenstauf** Reifen Haas **Remchingen** r2dental Ralph Riquier **Renningen** Leuze & Co Kunststoffbeschichtungen GmbH & Co KG • HasGo GmbH • Architekturbüro Kittelberger **Rheda-Wiedenbrück** Dr. A. Gevargez **Riegel am Kaiserstuhl** Riegelers Stammhaus GmbH Katharina Brzoza **Rohr** Schreinerei Wagner • Elektro-Technik-Hummel **Römerberg** Römerberg GmbH **Rosenheim** Praxis Sigrid Feldl **Roßtal** Pfarrer Wolfgang Jäger **Roth** Dr. A. Mederer • Praxis Dorothea Balint • Möbelschreinerei Kühnlein • Schiweck & Hufnagl oHG • LS-Lang & Schmidt OHG • Georg Dirsch GmbH & Co. KG • Mikutta Engineering **Röthenbach** Rae Dr. Rau & Wittmann • FfB GbR Bauplanungen **Rülzheim** Torsten Schwab Konfektionierung **Sappentfeld** Metzgerei & Gasthaus Schödl GbR **Schirling** Videothek Diermeier **Schnelldorf** Sonnen-Apotheke • Elektro Trump **Schöllkrippen** FraRon Electronic GmbH **Schömburg** Apotheke Schömburg am Rathaus **Schopfloch** Schreinerei Ti Ma GbR • Jäger Electric **Schramberg** Tierkrematorium Schwarzwald GmbH **Schwabach** Fahrschule Anita Lenzer **Schwäbisch-Gmünd** Top Sport + Entertainment GmbH • TIPTORRO Sportwetten • Bahis GmbH • Imbiss Anestis • Württembergische Gemeinde-Versicherung a. G. **Schwanstetten** Papka • Pröchel GmbH Fenster + Fassade **Seubersdorf** Autohaus Stauner GmbH **Sexau** Plating Electronic GmbH • BHT Tritschler GmbH **Singen** My Phone AG **Sinzing** Marien Apotheke Sinzing **Solingen** Dr. M. Baska **Solnhofen** Theater-Gasthaus Alte Schule **Speyer** Druckbar Design Speyer • Dentaltechnik Jean-Pierre Coissard **St. Leon-Rot** Sab Burkhardt GmbH • Eiscafe Italia Negri **Stadtlöhn** Dr. Michael Büscher **Stein** Ale Oka Lounge **Straubenhardt** Peter van den Hooven GmbH **Straubing** Dr. H. Limbrunner **Straufhain** Form Metall GmbH **Stuttgart** Erciyas Süpermarket • Marien Grill • AntepHaus • Kares Haarstudio • Quellen Apotheke • Ch. & I. Kochliardis Gastronomie GmbH • Dres. B. Heinrich & E. Schmidt • Top Optik • Dina Marschall die Goldschmiede • Küche & Co. Stuttgart-Degerloch • Betten Wegst • Dr. I. Grünwald • KFO-Technik Jörg Stehr • Volker M. Mayer Consulting • Dr. J. Kurz **Tiefenbronn** KFZ Krautscheid GmbH • Küchenstudio Rottner GmbH **Treuchtlingen** Obel Natursteine GmbH • Dr. J. Glöckel • Schreinerei Wons **Trossingen** Kandis-Natur die anzieht **Ubstadt-Weiher** Storchen Apotheke • Dr. A. Schmidt **Ulm** Praxis Dr. Römer • COMFOR Hotel Aulinger Hotelbetriebs OHG **Unna** Clocks & Gold **Vaihingen** Bistro Cheval **Villingen-Schwenningen** Jan Marc Möbius **Vreden** Hirsch - Apotheke **Wallhausen** Bertenbreiter Gerüstbau **Walsdorf** Elektro Lang GmbH & Co. KG **Wassertrüdingen** Rothenberger Optik & Schmuck **Weidenbach** Vermögensberatung Christ • Spedition-Logistik Bauer **Weihenzell** Bürkel GmbH **Weil der Stadt** Bestattungsinstitut Gann • MBE Komponenten GmbH-Dr. Eberl • Malerfachbetrieb Borel • Claudia Ziermann **Weilheim** Kardiologische Praxis Weilheim **Weiltingen** Gasthof Zum Blauen Angler **Weimar** Nahkauf Marco Lohse **Weismain** Stadt Weismain **Weißenburg** Kreuz-Apotheke **Weißenohe** Rackelmann Klempnertechnik **Wellheim** Dominic Vah **Wendelstein** EDEKA Frischemarkt Scharf e. K. **Westheim** igi Consult GmbH **Wieseth** Kfz-Eschenbacher GbR • Plastolen GmbH **Wiesloch** City-Kebap **Willburgstetten** Michael Schmittlein **Winden** Buro Präzisiondrehteile GmbH **Ziemetshausen** Dr. R. Eberhardt **Zirndorf** Die Zahnärzte in Weiherhof

Ohne Brille zur Polizeibewerbung

Für den Polizeidienst müssen Ihre Augen bestimmte Mindestanforderungen erfüllen. Die Sehschärfe darf beispielsweise mit Korrektur nicht unter 80% sein (Amblyopie). Auch darf der Seitenunterschied zwischen beiden Augen nicht grösser als +/-2,5Dpt sein (Anisometropie).

Sollten Sie wegen Ihrer Dioptrienzahl abgelehnt werden, gibt es die Möglichkeit diese durch eine Augenlaserbehandlung zu korrigieren.

Drs. Pfäffl & Zenk behandeln bereits seit 1993 erfolgreich Patienten mit den modernsten Augenlaserverfahren und haben somit schon dem einen oder anderen Bewerber zu seinem Traumberuf verholfen. Dr. Pfäffl hat die von ihm favorisierte SBK-LASIK an seinen eigenen Augen von seinem Kollegen Dr. Zenk durchführen lassen.

Mit der modernsten, heute verfügbaren Technik kann man einen sehr großen Bereich der Fehlsichtigkeiten sicher behandeln. Man kann nicht nur Kurzsichtigkeit, Weitsichtigkeit und Astigmatismus, sondern in gewissen Fällen sogar schon die Alterssichtigkeit behandeln. Auch Brechkraftfehler höherer Ordnung, die besonders das Nachtsehen stören, kann man mit dem Laser korrigieren. Gerade bei der Korrektur dieser Aberrationen höherer Ordnung und dem Ausgleich von Astigmatismus ist die Laserbehandlung der Kontaktlinse überlegen.

Drs. Pfäffl & Zenk arbeiten mit einem der derzeit modernsten verfügbaren Laser-Systeme (AMARIS-Technologie) und bieten somit die größtmögliche Sicherheit. Dieses System arbeitet mit 1050 winzigen Lichtimpulsen pro Sekunde und verfügt über ein Blickverfolgungssystem von ebenfalls 1050 Kontrollen pro Sekunde. Der Laserstrahl kann so stets perfekt positioniert werden. Außerdem wird der Laserabtrag während der OP berührungsfrei und in Echtzeit mit einem separaten Messlaser auf die Hornhautdicke

überprüft um ein zu tiefes Eindringen der Behandlung zu vermeiden. Bereits am nächsten Tag sind die Patienten von ihrem verbesserten Sehvermögen begeistert.

Um Sie beraten zu können, ob Sie ein guter Kandidat sind und welches Verfahren Sie Polizeidiensttauglich macht, müssen Sie sich zunächst einer gründlichen Voruntersuchung unterziehen. Kommen Sie gerne auch auf einen unserer Informationsabende oder nutzen Sie die Vorteile einer unverbindlichen Voruntersuchung in unserer Praxis in Weilheim. Wir klären für Sie, ob Sie ein geeigneter Kandidat für eine der zahlreichen Laserbehandlungen sind. Kontaktaufnahme über unsere Homepage www.lasik-operation.de, **0881-2281** oder besser **0160 – 97 98 1000**

Ohne Brille zur Polizeibewerbung



Vertrauen Sie unserer Erfahrung im Bereich der Augenlaser-Behandlung seit 1993. Polizeibewerber bestehen mit uns in der Regel den Sehtest für die Tauglichkeitsprüfung



Dr. med. Wolfgang Pfäffl
Dr. med. Ulrich Zenk
Kerschensteinerstraße 1c
82362 Weilheim
Tel.: 0881/2281
www.lasik-operation.de



DAS BEHÖRDEN MAGAZIN

Fachzeitschrift für Polizeibeamte und den öffentlichen Dienst

IMPRESSUM

KARO Verlag GmbH & Co. KG
Steinbacher Weg 12
82387 Antdorf
Tel.: 08856 / 935 89 11
Fax: 08856 / 935 60 16

www.behördenmagazin.de
info@behoerdenmagazin.de

USt.-ID: DE 297 730 552
HR AG München
Handelsregister: HRA 103184

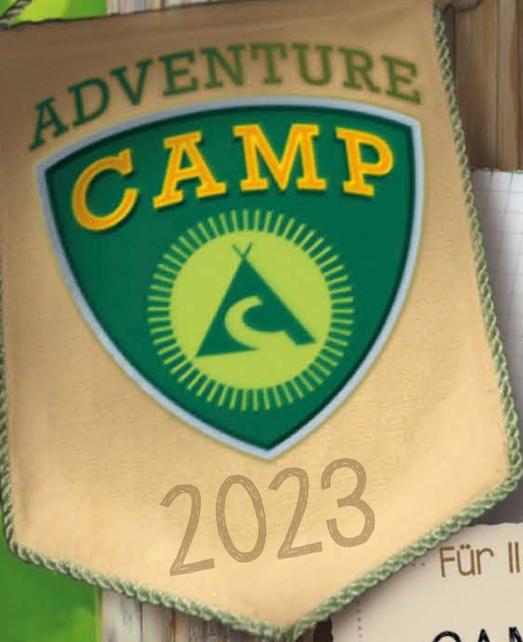
Geschäftsführer: KARO GmbH

Chefredakteur:
Oliver Bielmeier (V.i.S.d.P.)

Druck:

SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden
www.saxoprint.de

Alle Bilder Copyright dpa



Auf geht's!

Für 11-15-Jährige

CAMP 1
23.-25.06.

Regen/Bayern

CAMP 2
25.-27.08.

Walsrode/Niedersachsen



Mehr Infos unter
www.kmdd.de



LEADERSHIP
CAMP
2023
Für 14-17-Jährige
29.09.-03.10.
Walsrode/Niedersachsen

KEINE
MACHT DEN
DROGEN
www.kmdd.de
SUCHTPRÄVENTION
FÜR KINDER
UND JUGENDLICHE



Für 11-15-Jährige Komm mit ins Adventure Camp

Draußen in der Natur zelten, in der **Waldwerkstatt** kreativ werden, im **Hochseilgarten** eigene Grenzen überwinden und abends am **Lagerfeuer** neue Freunde finden: Ein spannendes Abenteuer-Wochenende erwartet dich!

Außerdem erfährst du in interaktiven **suchtpräventiven Workshops** Wissenswertes zum Thema Sucht und Gruppendruck: „Nein“ sagen und auch mal gegen den Strom schwimmen – eine Schlüsselkompetenz für das Abenteuer Leben.

Jetzt kostenlos anmelden:
www.kmdd.de/angebote/adventure-camp

Für 14-17-Jährige Werde Junior- Betreuer:in im Leadership Camp

Du bist engagiert, interessiert und hast Lust, Gleichaltrige und Jüngere mit anzuleiten? Dann bist du in unserem Leadership Camp goldrichtig! Freu dich auf:

- viele **Abenteuersportarten** zum Ausprobieren
- unseren traditionellen „**Hike**“: Wanderung mit Karte und Kompass und Übernachtung unter freiem Himmel
- **Workshops und Gruppenarbeiten** zu den Themen Suchtprävention, Teambuilding und Rhetorik/Kommunikation
- ... und vieles mehr

Als ausgebildete:r Junior-Betreuer:in unterstützt du 2024 unser Adventure Camp Betreuersteam.

Mehr Infos zur Bewerbung:
www.kmdd.de/angebote/leadership-camp

KEINE MACHT DEN DROGEN
Gemeinnütziger Förderverein e. V.
+49 89 85639961
info@kmdd.de